

Wöchentlich 70 Bl. monatlich 2,- M.  
im voraus zahlbar, Postbezug 2,75 M.  
einchl. Postgebühr, Auslandsbekannt-  
machung 5,50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Witz  
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Tatort“, „Bild in die  
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
16. Februar 1928  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konspiration  
des Völkchens, Kollaboration mit  
„Kleine Angelegenheiten“ des jetzigen  
Vertrages (Witz), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, außerdem das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig, Familienfragen für  
Ebenensätze Seite 40 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft über-  
träge 2. wochentägig von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Wölkhoff 299-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wölkhoff 63. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

# Bürgerblockregierung ohne Bürgerblock.

## Auflösung des Reichstags für 31. März vorgesehen. — Ein Notprogramm soll erledigt werden.

Seit gestern gibt es keinen Bürgerblock mehr. Aber es gibt noch eine Bürgerblockregierung.

Was macht die Bürgerblockregierung ohne Bürgerblock? Das ist die Frage des Tages.

Die Bürgerblockregierung kann nicht von heute auf morgen demissionieren, ohne ein Chaos zu hinterlassen. Da ist der Etat, der noch erledigt werden muß, wenn nicht das Parlament auf die Kontrolle der Geldausgaben verzichtet will. Da sind die Liquidationsgeschädigten, die auf die Entscheidung über ihre Ansprüche warten. Da sind die Landwirte, die nach Hilfe schreien.

Die Bürgerblockregierung folgt ihrem Beispiel und schreit auch nach Hilfe. Sie ist natürlich bescheiden, wie es arme Leute sein müssen, die auf fremde Wohlthatigkeit angewiesen sind. Sie protestiert nicht gegen ihre Entlassung, sie bittet nur um eine angemessene Kündigungsfrist.

Es ist ganz selbstverständlich, daß sie sich mit dieser Bitte an die bisherigen Regierungsparteien wenden muß. Nur sie, niemand anderes kann den Schlepper liefern, der das sinkende Regierungsschiff in den Hafen bringen soll. Die Entscheidung, ob der Regierung noch eine kurze Frist gegönnt wird — und damit zusammenhängend die Entscheidung, ob erst Anfang Mai gewählt wird oder schon einige Wochen früher — steht bei den bisherigen Regierungsparteien.

Wenn die Bürgerblockregierung sich noch eine Weile über Wasser halten will, muß sie noch über eine Mehrheit verfügen, die Mißtrauensanträge abwehrt und in wichtigen Fragen ihrer Führung folgt. Andernfalls muß sie demissionieren. Die Mehrheit aber, die ihr auf diese Weise das parlamentarische Existenzminimum gewährt, kann nur die bisherige sein.

Sollte es einer der bisherigen Regierungsparteien einfallen, weil sie jetzt ja nicht mehr „gebunden“ ist, den wilden Mann zu spielen, so fliegen noch am selben Tage Regierung und Reichstag in die Luft.

Denn so närrisch wird hoffentlich niemand sein zu glauben, die Sozialdemokratie könnte herangezogen werden, um die Regierung Marx-Hergt-Schiele-Keudell — gegen die Deutschnationalen zu verteidigen. Denn wenn die Regierungsparteien jetzt nur noch „bisherige“ sind, die Opposition ist keineswegs „bisherig“, sondern sie bleibt mindestens solange in ihrer Stellung, wie diese Regierung besteht.

Auch die Opposition ist daran interessiert, den Schutthaufen den diese Regierung zurückläßt, nicht bis in den Himmel wachsen zu lassen. Sie hat darum keinen Anlaß, notwendige Aufräumungsarbeiten durch besondere Aktionen, wie z. B. Obstruktion zu stören. Sie hat immer erklärt, daß sie in ihrer Rolle als Kritikerin an der Erledigung des Etats und anderer ganz wichtiger Aufgaben mitzuarbeiten bereit ist. Für sie ist es auch keine Lebensfrage, ob sechs Wochen früher oder später gewählt wird. Aber die Verantwortung für die noch zu leistenden Notstandsarbeiten tragen die bisherigen Regierungsparteien und sie allein.

Es scheint, daß die Deutschnationalen die Verantwortung nicht übernehmen wollen. Wollen sie das nicht, dann kann es uns auch recht sein. Aber wenn der Reichstag alles stehen und liegen läßt, wie es ist, wenn der Etat unerledigt bleibt, die Liquidationsgeschädigten, die Notleidenden auf dem flachen Lande vergebens warten — dann werden die Deutschnationalen die Verantwortung dafür tragen, und niemand wird sie ihnen abnehmen. So wird es auch von ihnen abhängen, ob erst Anfang Mai gewählt wird oder schon früher.

Nun haben sich die Deutschnationalen, wie es scheint, in den 25. März als Wahltermin verliebt. Warum, ist schwer zu sagen. Vielleicht steckt hinter diesem Vorschlag die stille Hoffnung, daß die Bornahme der Wahlen zu diesem frühen Termin technisch nicht mehr möglich sein und dann doch auf den Herbst hinausgeschoben werden könnte. Für diese Vermutung spricht die Festigkeit, mit der sich die Deutschnationalen gegen einen Termin wenden, der nach dem 25. März und vor dem Herbst liegt.

Die Gründe, die sie für ihre Haltung angeben, sind lächerlich genug. Sie behaupten, in der Zwischenzeit seien die Landwirte zu beschäftigen, um wählen zu können, ein Frühjahrs- oder Sommertermin würde die Landwirte „ihres Wahlrechts berauben“. In der fegegneten Kaiserzeit haben sie aber sehr oft Frühjahrs- und Sommerwahlen gehabt — und zwar an Wochentagen — und niemand ist auf den Gedanken gekommen, zu behaupten, die Landwirte würden dadurch ihres Wahlrechts beraubt. Damals wie auch später

war die Beteiligung der Landwirte an Frühjahrs- und Sommerwahlen ebenso lebhaft wie an Herbst- und Winterwahlen.

Indes ist das ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Die Bürgerblockregierung ohne Bürgerblock wird dieses Frühjahr nicht überleben. Allerdings, wenn man sieht, wie die Bürgerblockparteien sich gegenseitig betrügen, wird man sich auf alle Fälle vorsehen. Die Opposition muß Bürgschaften dafür erhalten — und sie kann sie unter den gegebenen Umständen fordern —, daß dem Volke sein Recht auf tunlichst rasche Erneuerung seiner Vertretung nicht geschmälert wird.

Morgen abend soll der Reichstag in die Fastnachtsexerzieren gehen. Bis dahin will die Regierung Klarheit darüber haben, ob sie mit ihrem kleinen Notprogramm noch durchkommt oder nicht.

Aber so oder so, der Bürgerblock-Karneval ist aus. Es dämmert ein grauer Aschermittwoch.

### Die Absichten der vertrachteten Regierung.

Amlich wird mitgeteilt: In der gestrigen, unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Hergt mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der deutschen und der bayerischen Volkspartei abgehaltenen Besprechung wurde die Stellungnahme des Kabinetts zu den augenblicklich schwebenden innerpolitischen Fragen mitgeteilt.

Es herrschte völlige Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Durchführung eines Arbeitsprogramms, das den Haushalt für 1928, den Nachtragsetat für 1927 und wichtige, damit im Zusammenhang stehende Fragen zum Gegenstand haben soll. Die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms sollen noch in dieser Woche festgelegt werden.

Die Reichsregierung nimmt wegen der geschäftlichen Behandlung auch mit den übrigen Parteien alsbald Fühlung.

### Besprechungen über das Notprogramm.

Im Laufe des Mittwochabends hat die Reichsregierung entsprechend dem Wunsch der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten und Demokraten wegen der Aufstellung eines Arbeitsprogramms Fühlung genommen.

### Zentrum für Maiwahlen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat am Mittwoch abend kurz vor 8 Uhr zur Erörterung der innerpolitischen Lage zusammen. Die Beratungen dauerten bis 9 Uhr abends. Die Mehrheit der Fraktion ist nach wie vor für Maiwahlen. Die Gewerkschaftsführer traten dagegen für die sofortige Auflösung des Reichstags ein, weil sie an-

nehmen, daß der Wahlerfolg der Sozialdemokratie im Mai noch größer sein wird als im März. Diese Auffassung stützt sich auf die Ende April zu erwartenden großen Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmern und der Arbeitnehmerchaft.

### Kampf mit Aufrufen.

Nachdem die Deutschnationalen in einem Aufruf die Deutsche Volkspartei der Sprengung der Koalition beschuldigt haben, revanchiert sich die Volkspartei mit einem Aufruf, in dem es heißt:

„Nach Feststellung des Scheiterns der Verhandlungen über das Schulgesetz haben die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gemeinschaftlich erklärt, daß die Regierungskoalition als aufgelöst zu betrachten sei. Die Deutsche Volkspartei weist demgegenüber darauf hin, daß die Regierungskoalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes zusammengetreten ist, sondern daß eine große Zahl von bedeutungsvollen Aufgaben von ihr bereits erfüllt ist und noch erfüllt werden muß. Angesichts dieser Sachlage ist die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß die Auflösung der Koalition und die damit verbundene Auflösung des Reichstags nicht gerechtfertigt werden kann. Sie war jedoch durch die Erklärung der übrigen Regierungsparteien in die Zwangslage versetzt, die Kündigung der Koalition zur Kenntnis zu nehmen.“

Bei den Verhandlungen über das Schulgesetz hat die Deutsche Volkspartei von Anfang an bereitwillig mitgearbeitet. Gesehert ist das Schulgesetz an der Ueberbannung der Forderungen des Zentrums, die im Enderfolg zu einer Untergrabung der Autorität des Staates über die Schule geführt hätten, Forderungen, denen die Deutschnationale Volkspartei allzu bereitwillig Gefolgschaft geleistet hat. Gesehert ist es an der Ueberbannung des Begriffs des Elternrechts, die, in ihrer Auswirkung zu einer Zerspaltung und Verschlechterung des gesamten Schulwesens und — zum Schaden der christlichen Erziehungsgrundlage — zu unabwehrbarer Entwicklung religionsloser Weltanschauungsschulen geführt hätte.

Volkspartei gegen Auflösung von Koalition und Reichstag? Man merkt, der Wahlkampf der ehemaligen Koalitionsparteien untereinander ist im Gange.

Gegen Mittwochabend ging der Krieg mit Aufrufen und Erklärungen zwischen den ehemaligen Koalitionsparteien noch lustig weiter. Die Zentrumsfraktion erließ eine Kundgebung, in der sie die Schuld am Scheitern des Schulgesetzes auf die Deutsche Volkspartei schob und ihr bescheinigte, daß sie damit die Regierungskoalition selbst zerschlagen habe, die auf ihr besonderes Betreiben zustande gekommen war.

Die deutschnationale Pressestelle verbreitete zur gleichen Zeit eine Polemik gegen die Erklärung der Deutschen Volkspartei. Das war glücklich die dritte Erklärung im Krieg der Wahlaufreue, die die Deutschnationalen am Mittwoch verbreitet haben!

# Schweres Straßenbahnunglück.

## Zusammenstoß zwischen Autobus und Straßenbahnwagen in der Friedrichstadt. 21 Fahrgäste verletzt.

An der Ecke Französische und Friedrichstraße ereignete sich gestern abend kurz vor 23 Uhr ein überaus folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und einem Autobus. Durch die Wucht des Anpralles wurden beide Fahrzeuge schwer beschädigt und sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Die Fahrgäste wurden zum größten Teil von ihren Sitzen geschleudert und durch herumschliegende Glas- und Holzsplitter teils schwer, teils leichter verletzt. Straßenpassanten und das Fahrerpersonal, soweit es von dem Unglück selbst nicht in Mitleidenschaft gezogen worden war, bemühten sich sofort um die Verletzten. 10 Personen, darunter mehrere Frauen, wurden zur Rettungsstelle 2 in der Eichhornstraße, 10 weitere Verletzte nach der Rettungsstelle 14 in der Kronenstraße und ein 18jähriger Schüler mit schweren Schnittverletzungen nach der Rettungsstelle 12 überge-

führt. Die Verunglückten erhielten auf den Rettungsstellen erste Hilfe und 18 von ihnen konnten nach ärztlicher Behandlung und Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden. Zwei Frauen und ein Mann, die schwerere Verletzungen und einen Nervenschock erlitten hatten, mußten durch Wagen des Städtischen Rettungsamtes in das Krankenhaus gebracht werden. Die Unfallstelle wurde von der Polizei in weitem Umfange abgesperrt, da sich Hunderte von Schaustägern eingefunden hatten. Die Schuldfrage ist bisher noch völlig ungeklärt. Die Augenzeugen berichten, versuchte der Führer des Autobus, der vermutlich im letzten Augenblick die Gefahr bemerkte, zu bremsen, doch konnte er auf dem schlüpfrigen Asphalt sein Gefährt nicht mehr rechtzeitig zum Halten bringen. Durch den Unglücksfall wurde eine längere Verkehrsstörung hervorgerufen.



## Der Bürgerkrieg in der KPD.

Rote Frontkämpfer, Stahlhelmskommunisten und Polizei.

Der Subler „Volkswille“ veröffentlicht die folgenden Berichte aus dem Roten-Frontkämpfer-Leben:

„Frankfurt a. d. O. Zu der letzten öffentlichen Versammlung des KPD. war von der Soulektion der Kamerad Hans geschickt. Als die oppositionellen Kameraden zunächst feststellen wollten, ob es sich um eine Versammlung mit anschließender Diskussion handelte, erklärte der Vorsitzende des hiesigen KPD, Sobkowki, es handelt sich um eine Kundgebung. Als wir durch Zwischenrufe diese feigen Methoden kennzeichnen, brüllte die Stalin-Reute: „Lumpen, Strolche, haut die Hunde in die Fresse (!). hinaus mit den Bagabunden.“ Sobkowki forderte die Opposition zum Verlassen des Saales auf, sonst müsse er von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Unser Kamerad H. forderte nunmehr auf, zum Protest gegen diese Faschistenmethoden, den Saal zu verlassen. Unsere oppositionellen Kameraden verließen den Versammlungsraum. Als alles an der Tür zusammengedrückt war,

sief ein Kolkommando, angeführt von dem Stalin-Anwalt Jendrecht, über uns her. Mit Stühlen, Tischeisen und anderen Instrumenten wurde auf die Oppositionellen eingeschlagen.

Selbst Frauen und Unparteiische blieben nicht verschont. (!) Bei diesem hinterlistigen Überfall tat sich besonders der Bierfrontkämpfer her, der für sich wegen gemeinen Verhaltens auf dem Arbeitsamt schon einmal eine körperliche Züchtigung erhalten hat. Ebenfalls das Vorstandsmittglied Rappin, das vor vier Monaten noch Stahlhelmsmitglied war, ging gegen unsere Genossen vor.“

Mitgliederversammlung des KPD in Gleiwitz. Ein Oppositioneller, der ausgeschlossen worden ist, schilbert:

„Wir erkannten diesen Ausschluß nicht an, sondern besuchten nach wie vor die Mitgliederversammlung. Sehr schickte Soja einen Sakai, um uns aus der Versammlung zu werfen. Ich erklärte, daß ich mich nach wie vor als Mitglied des KPD betrachte, worauf dieser Handlanger des Gauführers des KPD, ans Telephon ging, um die Polizei zu rufen!“

## Kommunistenfrack in Rathenow.

Der linke Kommunist Weber ist der Nachfolger des verstorbenen Kommunisten Bohla im Reichstag. Er hat sich der Maslow-Gruppe angeschlossen. Die KPD-Zentrale hat ihn aus der Partei ausgeschlossen. Der Unterbezirk Rathenow rebelliert gegen diesen Beschluß. Eine Funktionärerversammlung beschloß, daß sie Weber nach wie vor als Mitglied betrachte.

Die Bezirksleitung der KPD für Berlin-Brandenburg hat daraufhin die Unterbezirksleitung abgesetzt und eine neue Bezirksleitung eingesetzt, so daß nun Rathenow zwei Unterbezirksleitungen und zwei kommunistische Organisationsstellen besitzt.

## Entlarvte Landbunddemagogie.

Ein Kaltwasserstrahl.

Die Bürgerbirodregierung sieht sich veranlaßt, die landwirtschaftliche Bevölkerung davor zu warnen, daß sie die Landbunddemagogie ernst nimmt. Sie läßt amtlich mitteilen: „Es wäre falsch, wenn landwirtschaftliche Unternehmer, die für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes langfristige Kredite notwendig haben und denen sich die Möglichkeit zur Deckung dieses Kreditbedarfs zu angemessenen Bedingungen bietet, in der falschen Erwartung auf eine allgemeine Kreditverbilligung vorhandene Möglichkeiten nicht ausnützen würden.“

Mit anderen Worten: Landwirte, faßt nicht auf Landbundschwindel hinein.

## Litauen dementiert.

Heute Erklärung des Putschpräsidenten.

Die litauische Gesandtschaft in Berlin dementiert die vom AD. verbreitete Nachricht über einen bevorstehenden Staatsstreich in Litauen am 16. Februar, dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung. Hingegen sei es möglich, daß morgen eine Erklärung des Staatschefs über das Referendum und einige andere politische Fragen abgegeben wird.

Den Minderheitsmitgliedern könne übrigens das Wahlrecht nicht entzogen werden; dies würde den vor dem Völkerrund übernommenen Verpflichtungen widersprechen, die den Minderheiten die gleichen Rechte wie den anderen Staatsbürgern geben.

## Dem Putschverdienst seinen Orden.

Romno, 15. Februar.

Der italienische Gesandte Amadori hat im Namen des Königs von Italien dem Präsidenten Smetana den Großorden des Ordens vom heiligen Mauritius und Lazarus überreicht.

## Politische Verurteilung eines Achtzigjährigen.

Paris, 15. Februar.

Der Geschäftsführer der kommunistischen Zeitung „L'Avant-Garde“ ist wegen eines Artikels, in dem Militärpersonen zum Ungehorsam aufgefordert wurden, zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Der Verurteilte ist einer der letzten Überlebenden der Kommune und sief im Alter von 80 Jahren.

## Arbeiterpartei und Indienboykott.

Eine Erklärung Macdonalds.

Neu Delhi, 15. Februar.

Auf die aus indischer Quelle stammende Nachricht hin, daß eine aus Mitgliedern der Arbeiterpartei gebildete Regierung Großbritanniens im Falle eines Erfolges der indischen Opposition gegen die gegenwärtig in Indien waltende britische Parlamentskommission eine neue Kommission auf anderer Grundlage einsetzen würde, telegraphierte Macdonald dem Arbeiterparteilier Harris, daß die Kommission Simon das volle Vertrauen der englischen Arbeiterpartei genieße und von einer Regierung der Arbeiterpartei nicht umgebildet werden würde.

Zur Genfer Sicherheitskonferenz vom 20. d. M. sief das Moskauer Außenkommissariat Boris Stein als „Beobachter“.

# 30 Millionen werden verschenkt!

Schiele, das valorisierte Schwein und das Gefrierfleisch.

Die „Kollage“ der ostelbischen Landwirtschaft beginnt bereits auf den geistigen Zustand der Landwirte, sogar des Reichslandwirtschaftsministeriums Schiele überzugreifen. Nur aus dieser geistigen Kollage heraus läßt sich die absolute Kopf- und Hilfslosigkeit des Reichsernährungsministeriums gegenüber land- und volkswirtschaftlichen Problemen begreifen. Besonders trüb zeigt sich dies bei der Regelung der Gefrierfleischfrage.

Der Enqueteausschuß hat in seinem Gutachten über die Gefrierfleischkontingentierung festgestellt, daß der Gefrierfleischgroßhandel in einem Jahr Gewinne von 14 Millionen Mark gemacht hat. Das viel zu kleine Gefrierfleischkontingent und die mangelnde Ueberwachung des Großhandels haben zwangsläufig zu diesen Monopolgewinnen geführt, und es wäre nicht mehr als selbstverständlich gewesen, wenn das Reichsernährungsministerium aus dem Gutachten die Konsequenzen gezogen hätte: Der Großhandel muß schärfer überwacht und vor allem

das Gefrierfleischkontingent muß so stark erhöht werden, daß der Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung wenigstens annähernd gedeckt werden kann.

Herr Schiele hat aber das Gegenteil getan. Von schärferer Ueberwachung des Großhandels hat die Deffektivität bisher nichts gemerkt, wohl aber wurde das Kontingent von 120 000 Tonnen auf 100 000 Tonnen reduziert. Diese absolut ungehörliche Streichung von 20 000 Tonnen Gefrierfleisch, gegen die die Sozialdemokratie energisch protestiert hat, bedeutet, daß eine Million armer Verbraucher in Zukunft kein Gefrierfleisch und, da das andere Fleisch für die minderbemittelte Bevölkerung zu teuer ist, überhaupt kein Fleisch mehr essen kann. Zugleich wird die Verringerung des Kontingents dem Gefrierfleischhandel einen erneuten Anreiz zur Erzielung von Monopolgewinnen geben.

Über Herrn Schieles Ehrgeiz ist damit nicht befriedigt. Der Landbund hat eine völlige Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gefordert, und der Landbundminister hat nichts Eiligeres zu tun, als diesen Wünschen nachzukommen. Telegraphisch hatte er zum letzten Montag eine Sitzung des Gefrierfleischbeirats einberufen, um dort, wie eine Zeitung des Fleischgewerbes berichtet, den Vorschlag zu machen, das ohnehin schon viel zu knappe Gefrierfleischkontingent abermals zu vermindern, und zwar um 30 000 Tonnen.

Diese Halbierung der zollfreien Gefrierfleischkontingentierung

würde 25 Millionen Verbraucher vom Fleischkonsum nahezu ausschließen. Das kümmert aber Herrn Schiele wenig, wenn damit nur seine Zwecke, die Hebung der Schweinepreise und eine Subvention der Landwirtschaft, erreicht werden. Er scheint jedoch nicht zu wissen, daß die Kürzung des Gefrierfleischkontingents keineswegs eine Hebung der Schweinepreise zur Folge haben, sondern nur die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung untergraben würde.

Aber Herr Schiele ist ein Menschenfreund! Er will den Schaden, den er den Verbrauchern durch die Entziehung des Gefrierfleischkontingents zufügt, dadurch ausgleichen, daß er die mysteriösen 30 Millionen Mark, die das Reichsernährungsministerium für die Stabilisierung der Viehpreise angefordert hat, zum Kauf von Schweinen und zur verbilligten Abgabe von Schweinefleisch an die minderbemittelte Bevölkerung verwendet. Also siefbar nur eine Verchiebung des Verbrauchs von Gefrierfleisch zum verbilligten Schweinefleisch. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch ganz anders. Aus der Praxis der Gefrierfleischkontingentierung hätte das Reichsernährungsministerium lernen können, welche Schwierigkeiten bereits die billige Verteilung des Gefrierfleisches macht. Diese Schwierigkeiten müssen aber in noch viel stärkerem Maße bei der geplanten Schweinepreisverbilligung auftreten. Verbilligtes und nicht verbilligtes Schweinefleisch sind nicht zu unterscheiden, und die Schweinemehrer würden ihren Kollegen, den Gefrierfleischhändlern, in der Ausnutzung des ihnen angebotenen Monopols sicherlich nicht nachstehen!

Das Ergebnis dieser Aktion wäre also:

Die Verbraucher würden verbilligtes Schweinefleisch nicht zu sehen bekommen, die Landwirte bekämen keine höheren Schweinepreise, dafür würden jedoch vom Reichsernährungsministerium den Fleischern mühselige Zwischengewinne von 30 Millionen Mark in derselben Weise zugeschoben, wie dem Gefrierfleischhandel im letzten Jahr 14 Millionen Mark zugeschoben worden sind.

Zuzubringen wären die Monopolgewinne durch die gesamten Steuerzahler. Diese unheimlichen Pläne sind sogar den Vertretern der Landwirtschaft als zu phantastisch erschienen, um in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden, und Herr Schiele wird sich überlegen müssen, auf welche Art er seine Landbundfreunde zufriedensstellen kann.

# Entwürdigend für England!

Gewerkschaftsungebung gegen die konservative Regierung.

London, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Der Generalsekretär der britischen Gewerkschaften hat im Namen des Generalsrats an den Internationalen Gewerkschaftsbund eine Kundgebung gerichtet, in der es einleitend heißt, daß der Entschluß der britischen Regierung, die Ratifikation der Washingtoner Konvention hinauszuschieben, der vom IWB für die Ratifikation veranstalteten Kampagne eine besonders Bedauerliche Verzögerung verleihe. Der Plan der britischen Regierung, der Internationalen Arbeiterversammlung im Jahre 1929 einen Vorschlag zu unterbreiten, der auf eine Revision der Washingtoner Konvention abzielt, bringe die britische Nation in eine entwürdigende Lage. Der von der britischen Regierung in diesem Zeitpunkt ausgestoßene Ruf nach einer Revision werde auf den guten Glauben der britischen Staatsmänner, die auf der Londoner Konferenz der Arbeitsminister

eine baldige Ratifizierung versprochen hätten, ein eigenartiges Licht. Unter diesen Umständen würden die vom IWB organisierten Kundgebungen für die Ratifikation der Konvention von den britischen Gewerkschaften nachdrücklich unterstützt werden.

Die Kundgebung des Generalsrats schließt nach Betonung der Tatsache, daß die Opposition der britischen Arbeiter gegen die Haltung ihrer Regierung einmütig sei, mit der Feststellung, daß die britischen Arbeiter die tiefe Enttäuschung aller übrigen organisierten Arbeiter der Welt voll und ganz teilen. Die britischen Arbeiter würden nicht während der gegenwärtigen Kampagne gegen die Haltung der Regierung ihr möglichstes tun, sondern auch später alles daran setzen, um die Regierung in den kommenden Wahlen zu stützen und die Ratifizierung der Washingtoner Konvention durch eine zukünftige Arbeiteregregerung zu sichern.

## Bewersdorff.

Wir erhalten von Herrn Landgerichtsdirektor Bewersdorff in Magdeburg die folgende Berichtigung:

„Die in dem Artikel des „Vorwärts“ vom 7. Februar 1928 „Bewersdorff wieder Vorkämpfer einer Strohammer“ enthaltene Behauptung, ich sei wegen der Äußerung gegen den Reichspräsidenten Ebert, „der Saillergeselle da oben muß verschwinden“, mit einer Verwarnung bestraft, ist un wahr. Ich habe diese Äußerung nicht getan. Das Disziplinarurteil stellt wörtlich fest, daß eine Äußerung in bezug auf den Reichspräsidenten Ebert, er müsse verschwinden oder herunter, bestimmt nicht gefallen ist. Bewersdorff.“

Das Pressegesetz verpflichtet uns, eine Berichtigung abzu drucken, selbst wenn an der Richtigkeit ihrer Angaben Zweifel herrschen — wie es hier der Fall ist.

Vielleicht teilt Herr Bewersdorff der Deffektivität mit, weswegen er disziplinarisch mit einer Verwarnung bestraft worden ist.

## Faschismus in Griechenland.

Benisekos-Putsch in Sicht.

Athen, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Die innerpolitischen Schwierigkeiten Griechenlands werden durch das Heraufdämmern eines Staatsstreichs, der Benisekos zur Stellung eines griechischen Russolizars verhelfen soll, gesteigert. Seine Anhänger führen eine lebhafte Kampagne, die ihn als den einzigen Retter aus allen Äden Griechenlands anpreist, um ihm das Feld für seine Wahl als Staatspräsident mit unbegrenzter Vollmacht vorzubereiten.

Diese Agitation hat unter den höheren Offizieren fruchtbareren Boden gefunden und das bereits von politischen Differenzen durchwühlte Heer noch stärker in diesen Strudel gerissen. Der Kriegsminister Kofaralis hat den vergeblichen Versuch gemacht, diese Bewegung einzuhaken zu tun. Er hat seine Ministerkollegen aufgefordert, gegen die Führer der Benisekisten im Heere disziplinarisch vorgehen zu dürfen, ist aber mit seiner Forderung auf heftigen Widerstand gestoßen, weil die Mehrheit des Kabinetts mit den Plänen von Benisekos sympathisiert. Kofaralis ist infolgedessen zurückgetreten.

Besonders heftig ist der Streit um Benisekos bei den in Griechisch-Mazedonien stehenden Truppen. Verschiedene höhere Offiziere

leisten dem Anordnungen ihrer Vorgesetzten, die Propaganda für Benisekos einzustellen, offenen Widerstand, und einige Inhaber höherer Kommandostellen haben sich trotz Verbots aus ihren Garnisonen entfernt und nach Athen begeben, um mit den weisheitlichen Führern über weitere Schritte zu beraten.

## Terror in Bulgarien.

Regierungsbanden sprengen Oppositionsversammlungen.

Aus Sofia wird uns geschrieben:

Am 19. d. M. finden in Bulgarien Gemeindevahlen statt. Die Regierung Diaptschew wendet wieder einmal alle Mittel der Gewalt und des Terrors an, um die Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Am 23. Januar veranstaltete der „Eiserne Rod“, die Wahlkoalition von Sozialdemokraten und Bauernpartei, eine öffentliche Versammlung in Gabrowo. Kaum hatte der sozialdemokratische Sobranjacobgeordnete Genosse Christo Baraleff das Wort ergriffen, da drang eine bewaffnete Bande von Regierungsanhängern in den Saal ein, stürmte das Podium, warf mit Stühlen und schlug mit Stöcken und verletzten den Redner am Kopfe. Zwei Gendarmen, die als Ueberwachungsbeamte der Regierung der Szene beimohnten, verhielten sich vollkommen passiv. Als sie von Versammlungsteilnehmern aufgefordert wurden, gegen die Bande einzugreifen, antwortete der eine „Hüter der Ordnung“: „Ihr sollt eben die Regierung nicht angreifen!“ — Die sozialdemokratische Sobranjefraktion hat an die Regierung über diesen Vorgang eine Interpellation gerichtet.

Der Vorfall von Gabrowo enthüllt die faschistischen Methoden der Regierung Diaptschew, die auf diese Art die Bevölkerung einzuschüchtern und den Erfolg der Opposition bei den Wahlen zu verhindern hofft. Aber durch solche Mittel wird sich das gegenwärtige Regime nur noch mehr nach innen und nach außen kompromittieren und den Umschwung um so sicherer herbeiführen.

Frauen genötigt nach Zentralafrika. Das belgische Kolonialministerium sucht für 20 000 Kongo-Kolonisten, besonders in Leopoldville, junge belgische Mädchen zur Heirat, da die Kolonialisten Regierungen nicht heiraten wollen, sich aber als Junggesellen tödlich langweilen.

Kolonien für Polen streut der in Warschau gegründete „Verband der kolonialen Biener“ an. Es ist eben Fasching.



# Kriegsschädenprofite in Frankreich.

Verwässerung des Nachprüfungsgesetzes.

Paris, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Die Sozialistische Partei führt seit Jahren einen scharfen Kampf gegen die Betrügereien beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Der Abg. Inghels hat schon 1924 in der Kammer nachgewiesen, daß der Staat durch Zuerkennung von ungerechtfertigten Schadenerfahbeträgen um Milliarden geschädigt worden ist. Unter dem Eindruck dieser Enthüllungen hat selbst die Regierung des Bloc national der öffentlichen Meinung weichen müssen. Knapp vor den Wahlen von 1924 kam ein Gesetz über die Revision jener Kriegsschädenverfahren zustande, in denen mehr als 500 000 Franken Schadenerfahbeträge zuerkannt worden waren. Schon in den ersten Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden nicht weniger als 2251 Strafverfahren eingeleitet. Davon sind bisher 422 so erledigt worden, daß dem französischen Staat 101 Millionen Franken zurückerstattet wurden.

Nun versucht die Regierung, das Gesetz durch eine Novelle derart abzu schwächen, daß es jeden praktischen Wert verlieren würde. Für die sozialistische Fraktion protestierte Genosse Uhrig gegen den Versuch, die Betrügereien zu vertuschen und ihre Rumpelher ungeschoren zu lassen. Genosse Lafont wies auf einen Fall hin, in dem ein Schaden von 900 000 Franken mit 10 Millionen Franken vergütet worden ist! Nichtsdestoweniger wurden alle Anträge auf Rückverweisung des Revisionsentwurfs an den Ausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Parteien des Nationalen Blocs wollen offenbar den Kriegsschädenfondsal aus wahlrechtlichen Gründen endgültig niederschlagen.

# Polnischer Wahlschwindel.

Genauere Mängelbefehle.

Warschau, 15. Februar. (D.C.)

Der sozialistische „Robotnik“ warnt sehr nachdrücklich vor der drohenden Gefahr administrativer Wahlmissbräuche. In Galizien habe man schon früher spöttisch von einer sogenannten „Geisterstunde“ nach Schluß der Stimmabgabe gesprochen; dann pflegten die regierungsfeindlichen Stimmen „wunderbarerweise“ aus den Wahlurnen zu verschwinden. Der „Robotnik“ meint, daß auch jetzt ähnliche Prozeduren vor sich gehen und drückt als Beweis für seine Behauptung die Instruktionen eines Wojewoden an die ihm unterstellten Starosten (Landräte) ab. Es wird darin empfohlen, in die Bezirkswahlkomitees der Regierung ergebene Personen aufzunehmen. Ferner zählt die Instruktion des Wojewoden genau diejenigen Abweichungen von den strikten Wahlvorschriften auf, die anwendbar wären, ohne eine spätere Ungültigkeitserklärung der Wahlen zu verursachen. Auch wird hervorgehoben, daß der Bezirkswahlleiter die eingekleideten Stimmzettelpakete der Unterbezirke öffnen darf, bevor das Wahlkomitee zusammentritt.

# Rasse und Religion.

Ein Zwischenfall im Budapester Parlament.

Budapest, 15. Februar.

Während der Behandlung der Vorlage über die (scheinbare) Red. d. B.) Abänderung des Rumens-clausus-Gesetzes über die Beschränkung der Zulassung jüdischer Studenten kam es im Abgeordnetenhaus zu einem Zwischenfall. Als ein christlich-sozialer Redner darüber sprach, daß der Rassencharakter des Judentums auch in seiner Konfession zum Ausdruck komme, rief der Rebell der jüdischen Wochenblatts „Eggenlöyel“, Ludwig Szabolcsi, von der Journalistentribüne aus, wo er ohne Eintrittskarte erschienen war, dem demokratischen Abgeordneten laut zu: „Das ist unrichtig! Man kann von der jüdischen Konfession auch über-treten.“ Da die Journalisten zum Stillschweigen verpflichtet sind, wurde Szabolcsi vom Präsidenten zum Verlassen der Journalistentribüne aufgefordert und zur Legitimierung in die Quästur geführt. Nachdem er wegen seines Benehmens schriftlich um Entschuldigung gebeten hatte, wurde von einem weiteren Verfahren gegen ihn Abstand genommen. Da jedoch festgestellt wurde, daß er unrechtmäßig im Hause erschienen war, wurde er auf die Dauer von sechs Monaten aus dem Abgeordnetenhaus ausgewiesen.

# Bündnis gegen Tschangkholin.

Aber Aufrüstung im eigenen Lager!

Peking, 15. Februar. (Agence Indopacifique.)

In Schenshou, Provinz Honan, ist auf einer Konferenz das neue Bündnis gegen Nordchina geschlossen worden. Tschang-kaischiel wird die Operationen auf der Linie Tientsin-Pulan leiten, Fengguhuang auf der Linie Peking-Hankau und Jenichan auf der Linie Peking-Suijowang und im Schangsbauert. Der Aufrüstung unter den Truppen Fengguhuangs bawert an. Der aufständische General Hsichaojchuan hat sich des Arsenalts Kuchien bemächtigt.

# Selbst die Toten müssen Steuer zahlen!

Peking, 15. Februar.

Der christliche General Fengguhuang hat das in der Provinz Honan liegende Gut des verstorbenen Präsidenten von China, Quanshikail, das einen Wert von sechs Millionen Silber-dollars repräsentiert, beschlagnahmt. Gleichzeitig ließ er die Gruft Quanshikails öffnen, um in ihr nach eventuell verborgenen Schätzen zu suchen.

# Der verhaftete Polizeikommissar.

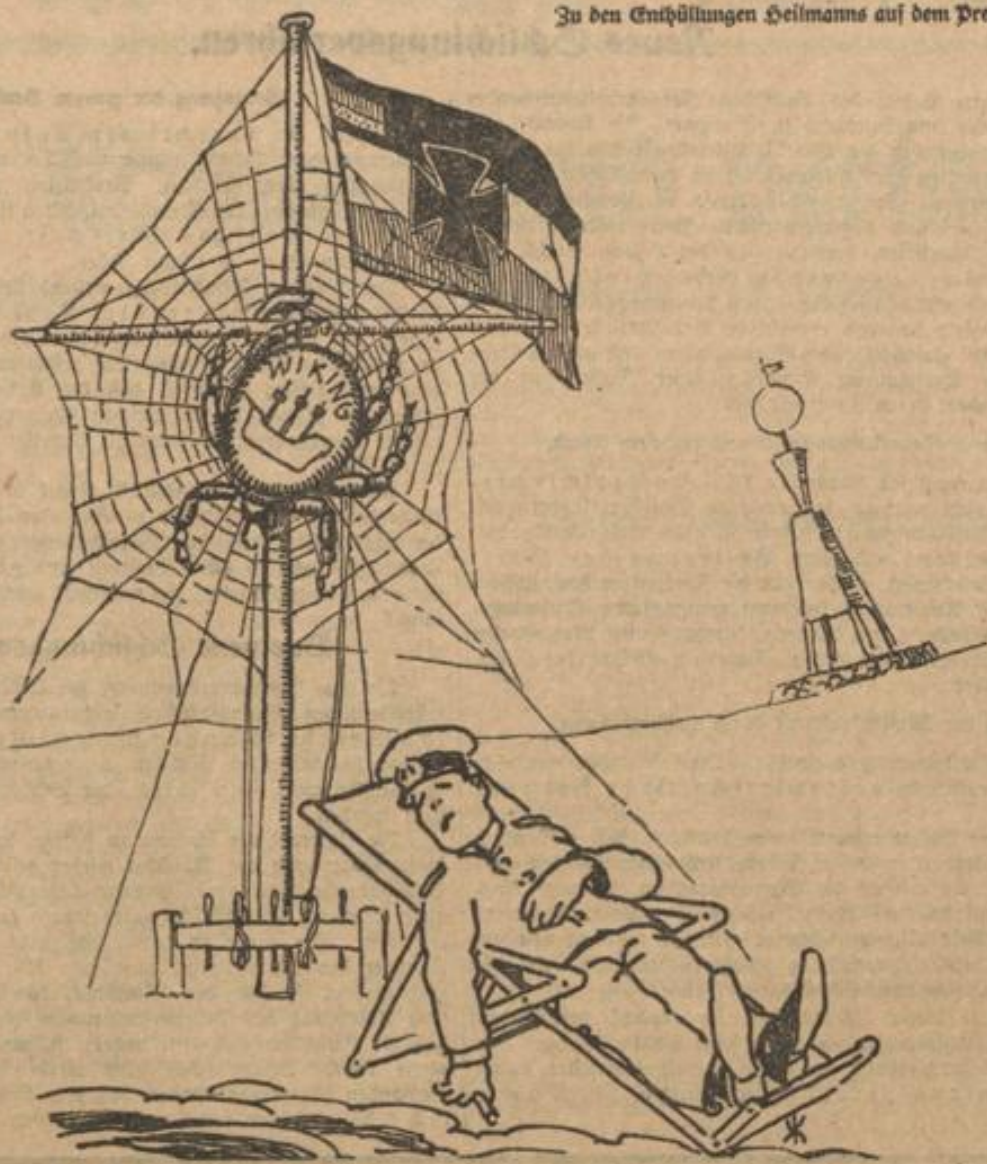
Lauschobjekt für den verurteilten Franzosen?

Wie schon gemeldet, ist der Polizeikommissar Steinebach in Bad Neuenahr verhaftet und in das jetzt französische Untersuchungsgefängnis Mainz eingeliefert worden.

Die deutschen Regierungsstellen haben jetzt den Grund der Verhaftung erfahren. Steinebach soll in dem Landesvertrauensverfahren gegen den Franzosen Cremer, der vom Reichsgericht zu langer Zuchthausstrafe verurteilt ist, eine falsche Aussage gemacht haben. Die Verteilung Steinebachs hat Rechtsanwalt Dr. Führ in Coblenz übernommen, der zahlreiche Deutsche, vor französischen Besatzungsgerichten während der letzten Jahre vertreten hat.

# Die verfeuchte Marine.

Zu den Enthüllungen Heilmanns auf dem Preßentag.



Da hat sich die Spinne ein feines Netz gesponnen!

# Preußens Beileid.

Bürgerblutdebatte vor dem Landtag / Der Fall Badide / Abstimmungen zum Wohlfahrtssetai.

Im Landtag ist ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Handelsminister Dr. Schreiber eingegangen, über den am Freitag abgestimmt wird. Des Hays nahm dann zunächst die Abstimmungen zum Etat für Volks-wohlfahrt vor. Einstimmig angenommen wird der Antrag, daß die Staatsregierung sofort ein Wohnungsbauprogramm mindestens im Umfang des vorjährigen ausstellen soll und daß das Reich und Preußen auch Auslandskredite für Neubauwerke flüssig machen sollen. Gegen die Rechtsparteien wird auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, daß die Dienstanzweisung für Baukontrolleure nach den Vorschlägen des WDB. neu-gestaltet und Fortbildungskurse für Baukontrolleure eingerichtet werden sollen. Die von den Sozialdemokraten geforderte Einsetzung eines parlamentarischen Beirates zur Kontrolle der Fürsorgeerziehung wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf Vermehrung der Zahl der Landes-gewerbebeiräte wird einstimmig angenommen. Ebenso eine sozialdemokratische Resolution, daß die Gewerbebeiräte die Gesundheits-gefährdung von Schülfern bei der Erwerbsarbeit, insbesondere in der Tabakindustrie und in der Landwirtschaft, nachprüfen sollen. Einstimmig angenommen wird die sozialdemokratische Resolution auf gesetzliche Regelung der Ferien für Jugendliche unter Fortzahlung des Lohnes und Förderung des Jugendbergschweifens.

Der sozialdemokratische Antrag, den Fonds zur Unterstüßung für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu erhöhen, wird mit 168 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Ebenso der sozialdemokratische Antrag auf vermehrte Bewilligung von Geldern zur Errichtung und Erhaltung von Entbindungshäusern. Der sozialdemokratische Antrag, den gestrichenen Betrag von 1 Million Mark für Kinderheime wieder in den Etat einzustellen, wird an den Hauptausschuß zurückverwiesen. Angenommen wird ein Antrag, der eine Einwirkung auf die Reichsregierung dahin verlangt, daß Borkbestrafte nicht wegen ihrer Borkstrafe von der Aufnahme in Heilanstalten ausgeschlossen sein sollen.

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern.

## Der Fall Badide.

Abg. Heilmann (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen: Der Innenminister habe u. a. im Hauptausschuß erklärt, daß dem Major Badide seinerzeit auf Wunsch des Reichs-wehrministeriums auch ein preußischer Ausweis durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ausgestellt worden sei. Diesen Ausweis habe aber Preußen bereits vor Jahren zurückgezogen. Als Badide sich dabei in seinem Proseß gegen von Tressow auf den preußischen Ausweis berufen habe, sei er nicht in gutem Glauben gewesen.

## Abg. Dubert (Soz.):

In früheren Jahren ist die Personalpolitik des Innenministers im Hauptausschuß ausführlicher und scharfer Kritik unterworfen worden. In diesem Jahr hat man davon kaum noch ein Wort gesprochen. Man war außerordentlich friedfertig, und die aufgeregten Kriegsberichter der „Deutschen Zeitung“ und „Deutschen Tageszeitung“ aus dem Hauptausschuß haben bei seinen Mit-gliedern nur ein süßes Lächeln hervorgerufen. Sollten die Deutsch-nationalen hier im Plenum aus wahlrechtlichen Rücksichten einen anderen Ton anschlagen, so ändert das gar nichts an unserer Fest-stellung, die durch die Ausschussberatung bewiesen wurde: die preußische Personalpolitik hat sich selbst bei ihren Gegnern durchgesetzt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wo ist überhaupt die Opposition der Rechten gegen den sozialdemokratischen Innenminister geblieben? Am 16. Oktober 1925 hat Herr Schlange-Schönningen uns hier von dieser Stelle aus erklärt: „Wäge die Zeit kommen, wie sie wolle, niemals wird es an dem großen Zug fehlen, der durch unsere Opposition geht! Wir werden den Kampf führen, ohne Ermatten und Waffenstillstand. Und wir werden den Kampf morgen oder übermorgen siegreich zu Ende führen.“ Zu Ende ist der Kampf allerdings. Aber das Ende ist, daß die deutsch-nationale Opposition vor der sachlichen und ruhigen Arbeit der preußischen Regierung völlig zusammen-

gebrochen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Der große Zug, der durch diese Opposition ging, hätte auf den Namen Bied. In dem Tage, an dem Freiherr von Birkbach hier wehrte, die Kommunisten hätten leider die Deutschnationalen im Stiche gelassen, ist sich die deutsch-nationale Opposition ihrer ganzen Bedeutungs-losigkeit bewußt geworden.

Heute wissen die Deutschnationalen, daß sie dem Siege ferner als je sind. Daher die fruchtlosen Versuche, die Neumahlen hinauszuschleppen. Aber die Deutschnationalen haben inzwischen in zweimaliger, kurzer Regierungsbeteiligung im Reich ihren ganzen Kredit vermischiert. Wir können den „Fachministern“ von Reudell und Koch unser herzlichstes Beileid nicht versagen. (Sehr gut und Heiterkeit links.)

Herr Reudell hat bewiesen, daß ein bestandenes Affessoratamen noch nicht den Minister macht, und Herr Koch hat bewiesen, daß ein Außenleiter noch nicht deshalb sein Amt ausfüllen kann, weil er deutsch-national ist. Vielleicht haben die Deutschnationalen endlich begriffen, daß die Regierungsmethoden der Kaiser-zeit nicht mehr in die Gegenwart passen und sind in Zukunft in ihrer Kritik wesentlich bescheidener. (Sehr gut! links.)

Der Gehalte des Einheitsstaates hat unter dem Druck der Finanznot in allen Parteien Anhänger gewonnen. Die Sozialdemokratie ist gemäß dem Beschluß der Landesversammlung von 1919 noch heute bereit, Preußen mit allen anderen Ländern zugleich im Reiche aufgehen zu lassen. Auf der anderen Seite lehnen wir jede Verschlingung Preußens, die das Elend der Kleinstaaterei nur vergrößern würde, schon im Interesse der Republik ab.

Koch dringender ist die innere Verwaltungsreform Preußens, obwohl die Verwaltung Preußens billiger arbeitet als die jedes anderen deutschen Landes.

Wir danken dem Innenminister für die Initiative, alle notwendigen Vorlagen zur Verwaltungsreform bereits jetzt für den nächsten Landtag ausarbeiten zu lassen.

Wir begrüßen insbesondere seine Anweisung zu übersichtlicher Sammlung aller Verwaltungsverträge. In Hannover z. B. ruht das ganze Polizeistrafrecht noch auf längst überholten Bestimmungen aus den vier Jahren. Auch die Aufhebung der Bandschaften und Ritterschaften darf nicht länger hinausgeschoben werden. Mit Entschiedenheit verwahren wir die Städte gegen den Vorwurf der Verschwendungssucht. Das Befehle über die sogenannten Luxusausgaben der Städte soll nur dazu dienen, die Betriebe in öffentlicher Hand wieder dem Privatkapital auszuliefern und die soziale Betätigung der Gemeinden einzuschränken. Dabei sind die Ausgaben der Städte gegenüber der Vorkriegszeit nur um 2 Proz. gestiegen, weit weniger als Reichs- und Staatsausgaben, und auch ihre Ansprüche an den Auslandsanleihemarkt sind gegen-über der Vorkriegszeit kleiner geworden. (Hört, hört!) Wir sind im letzten Jahre in der Demokratisierung Preußens ein gutes Stück vor-wärts gekommen. In dem gleichen Maße ist das Vertrauen weitester Bevölkerungskreise zur preußischen Regierung gewachsen. Wir hoffen, daß dieser staatspolitische Gesundungsprozeß weiter geht. (Wachen und Unruhe rechts Zurufe: Ihr macht Euch gesund! Seien Sie nur still, Sie sitzen hier nur noch auf Rindbürgen. Am Wahltag wird das Volk über die Gerichte halten, die kein Verständnis dafür haben, den wahren Volksstaat in Freiheit und Gerechtigkeit aufzu-bauen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Winterfeld (Nat.): Dem Einheitsstaat stehen wir ablehnend gegenüber. Wir gehen darin mit dem Zentrum völlig konform. (Zuruf links: „Das Bouffieren des Zentrums hat jetzt seinen Zweck mehr!“ Heiterkeit.) Die Auflösung der Gutsbezirke erfolgt überstürzt. Luxusausgaben der Städte, insbesondere Berlins, lassen sich gar nicht betreiten. Die Personalpolitik des Ministers ist durch das Lob der Sozialdemokratie genügend gekennzeichnet. (Bravo! rechts. Lachen links.)

Abg. Dr. Heudert (3.): begründet eine Zentrumsresolution über Richtlinien zur Verwaltungsreform. Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Donnerstag, mittags 12 Uhr, vertagt.



# Beschluß der Metallarbeiter.

## Neues Schlichtungsverfahren.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte am Dienstag und Mittwoch in Stuttgart. Die Antwort auf den Aussperrensbeschuß der Metallindustriellen kommt in folgender Entscheidung zum Ausdruck, die im wesentlichen in einem Teil unserer gestrigen Spätausgabe bereits veröffentlicht wurde: „Die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen haben in allen Industrien, besonders in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, eine außerordentliche Produktionssteigerung gebracht. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen. Er setzt sich künftig dauernd menschliche Arbeitskräfte in großer Zahl frei, führt bei gleichbleibenden Warenpreisen und gleichbleibenden Löhnen zur Ausschaltung immer größerer Massen aus der Industrie, vermindert deren Kaufkraft und

### treibt zur Massenarbeitslosigkeit und sozialem Elend.

Der Arbeitsmarkt weist seit November 1927 eine Verschlechterung auf, die nicht nur auf saisonmäßige Einflüsse, sondern mit auf vorliegende Ursachen zurückzuführen ist. Um diese Verschlechterung aufzuhalten und eine Besserung der Wirtschaft zu erzielen, müssen alle die Konjunktur beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen: weitgreifende Währungsreform, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die Marktherrschaft durch Monopole, Abbau der Zölle, in erster Linie aber

### Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung.

Die der Produktionssteigerung entspricht. Diese ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Der erweiterte Beirat erwartet vom Vorstand, daß er Einfluß und Kraft des Verbandes dieser Pflicht und Notwendigkeit entsprechend einsetzt. Er erkennt die Maßnahmen an, die vom Vorstand beim Ablauf des seit März 1927 gültigen Lohnabkommens in der Metallindustrie Mitteldeutschlands getroffen wurden, nachdem die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten und der Schlichter einen völlig unzureichenden Schiedsspruch fällte.

Der erweiterte Beirat spricht den im Kampf befindlichen Kollegen Mitteldeutschlands und Sachsens keine Solidarität aus. Die neuerlich vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angeforderte Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine

### Bedrohung der ganzen Bevölkerung.

um dadurch den berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ergiebigkeit der deutschen Produktion niederzuschlagen. Diese Ankündigung der Metallindustriellen ist zugleich eine Schädigung der deutschen Wirtschaft, wofür die Unternehmer die Verantwortung zu tragen haben.

Der Deutsche Metallarbeiterverband sieht den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt sind und zugleich im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft liegen. Der erweiterte Beirat erwartet, daß die Kollegen den ihnen aufgewungenen Kampf in der gleichen mustergültigen Weise fortsetzen, bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind.

An die Gesamtmitgliedschaft richtet der erweiterte Beirat die Aufforderung, diese Zeit der zunehmenden Kämpfe zur Gewinnung der noch abseits stehenden Metallarbeiter zu benutzen, damit dem Unternehmertum in allen Bezirken eine geschlossene, organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft gegenüber gestellt werden kann.

### Das neue Schlichtungsverfahren.

Die vom Reichsarbeitsminister zur Lösung des Konflikts in der mitteldeutschen Metallindustrie anberaumten neuen Schlichtungsverhandlungen finden am Freitag statt, wenn es gelingt, bis dahin die Parteien zusammenzubringen. Als Schlichter ist Ministerialrat Hauschild, der Schlichter von Thüringen, bestellt worden.

Die Unternehmer scheinen zu hoffen, daß ihnen mit der Aussperrendrohung das Mandat wieder gelingen wird, das mit der Stilllegungsdrohung der Schwerindustrie glückte: unter dem Druck dieser Drohung das Schlichtungsverfahren zu ihrem Gunsten zu beeinflussen. Sie vergessen dabei, daß man nicht zweimal hintereinander dasselbe Mandat ausführen soll; daß die Öffentlichkeit noch empört ist über den Wortbruch der Schwerindustriellen, die trotz Ablehnung der Arbeiterforderungen die Eisenpreise erhöhten; daß die Situation auch eine andere ist, weil der Kampf schon die vierte Woche dauert. Schließlich werden die Metallindustriellen niemanden überzeugen können, daß eine Lohnzulage von monatlich 6 M. auch nur annähernd ausreichend ist.

## Den Scharfmachern soll geholfen werden.

### Ein gefährliches Spiel.

Im nächsten Mittwoch soll die Massenaussperrung der noch in Arbeit stehenden 750 000 Metallarbeiter samt den 50 000 in Mitteldeutschland im Kampfe stehenden Metallarbeitern beginnen.

Der Reichsarbeitsminister will inzwischen versuchen, noch im letzten Augenblick einen Weg zu finden, um den Streik in Mitteldeutschland beizulegen und damit die angedrohte Gesamtaussperrung gegenstandslos werden zu lassen. Obwohl die Aussichten auf eine Einigung nach dem ganzen bisherigen Verlauf des Kampfes nicht günstig sind, so befürchtet doch die R.D., daß die große Aussperrung „abgewürgt“ werden könnte.

Die Bewegung der Berliner Werkzeugmacher hat in dem Riesenstreik an sich nur eine geringere Bedeutung. Die Werkzeugmacher haben den Streik beschlossen, falls ihren berechtigten Forderungen, die nunmehr in den einzelnen Betrieben geltend gemacht werden sollen, nicht entsprochen wird. Die Aufnahme des Streiks im gegenwärtigen Augenblick, ohne das Ergebnis der Verhandlungen mit den Betrieben abzuwarten, bedeutet nichts anderes, als den Berliner Scharfmachern Wasser auf ihre Räder zu leiten, ihnen willkommenen Anlaß zu bieten, in Berlin schon jetzt mit der Aussperrung zu beginnen.

Weder der deutschen Metallarbeiterschaft, noch den Berliner Werkzeugmachern wäre damit gedient. Trotzdem versucht die „Rote Fahne“ die Werkzeugmacher aufzuputschen, sofort in den Streik einzutreten, ohne erst in den Betrieben zu verhandeln. Woraus zu ersehen ist, daß auch hier die R.D. sich wieder einmal zu den Helfershelfern der Scharfmacher macht.

### Kommunistische Strategie.

#### Gegen die Buchdrucker.

Die Kommunisten versuchen auch die Lohnbewegung der Buchdrucker für ihre parteipolitischen Zwecke auszunützen. In der „Roten Fahne“ vom Dienstag wird dem Vorstand des Buchdruckerverbandes vorgeworfen, er habe sich geweigert, eine zwischenzeitliche Lohnerhöhung durch Kampfmaßnahmen zu erzwingen, trotzdem die Konjunktur seit Monaten anhaltend gut war.

Den Kommunisten ist zwar sehr gut bekannt, daß die Bemühungen des Vorstandes zur Herbeiführung einer zwischenzeitlichen Lohnerhöhung Ende vergangenen Jahres erfolglos

blieben. Da auch der Lohnstarif der Buchdrucker allgemeinverbindlich ist, wurde im Einvernehmen mit der überwältigenden Mehrheit der Buchdrucker im ganzen Reiche von weiteren Maßnahmen zunächst Abstand genommen.

Der am 31. März ablaufende Lohnstarif ist nunmehr gekündigt worden und neue Verhandlungen sind in die Wege geleitet. Sowohl an dieser Stelle als auch im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ sind die gerechten Forderungen der Buchdrucker auf Lohnerhöhung den Unternehmern gegenüber bereits energisch vertreten worden. Der Nachweis der „Roten Fahne“ in welchem Verhältnis die Buchdruckerlöhne zu den Gewinnen der Unternehmer stehen, erübrigt sich, weil die Buchdrucker darüber sehr gut unterrichtet sind.

In bombastischen Tönen fordert das Stalinblatt dann, die Buchdruckerarbeiten müssen die Sabotage des Kampfes durch die Verbandsinstanzen verhindern. Es dürfe auch kein Appell an den Schlichter, keine Einmischung der Schlichtungsmaschine geduldet werden. Der Kampf müsse gegebenenfalls sogar gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch geführt werden, möglichst für das gesamte graphische Gewerbe.

Zu diesen Ausführungen ist nur zu bemerken, daß es nicht nur die Buchdrucker, sondern die gesamte graphische Arbeiterschaft entschieden ablehnt, von derartig naiven Moskajüngern „Ratschläge“ über die Führung von Lohnkämpfen entgegenzunehmen. Was in der gegenwärtigen Situation zu tun ist, darüber ist sich die große Mehrheit der Mitglieder in den beteiligten Organisationen weit mehr im klaren, als das Häuflein Kommunisten, das sich — ach, so gern — auch hier zu „Führern“ aufspielen möchte!

## Die Steinarbeiter in der Oberlausitz.

### Lohnverhandlungen gescheitert.

Der Zentralverband der Steinarbeiter berichtet: Die Verhandlungen am Montag in der Steinindustrie in Löbau mündeten als gescheitert abgebrochen werden. Die Arbeitgeber boten folgende Stundenlöhne an: Rindestöhne für Steinmehlen 74,5 Pf., für Schleifer 69,3 Pf. und für Hilfsarbeiter 60 Pf. Die Akkordlöhne sollen um 5 Proz. erhöht werden mit Ausnahme der gepflügten und gepressten Arbeiten. Das bedeutet, daß etwa 60 Proz. der Steinmehlen ohne jede Lohnerhöhung bleiben würden. Zum Vergleich sei angeführt, daß die Steinmehlen in der Granitsteinindustrie bereits seit dem 1. Oktober 1927 einen Stundenlohn von 90 Pf. und die Hilfsarbeiter in den Granitsteinbrüchen einen solchen von 60 bis 72 Pf. beziehen.

Die Verhandlungskommission lehnte das Angebot der Unternehmer als ungenügend einstimmig ab. Der offene Kampf der Steinarbeiter dürfte somit nach Ablauf der Kündigung infolge der Haltung der Unternehmer nicht zu umgehen sein. — Zugang nach der Oberlausitz ist streng fernzuhalten.

## Abschluß für Färbereien und chemische Waschanstalten

Wie wir bereits berichteten, hat der Schlichtungsausschuß am 30. Januar in dem Konflikt in den Färbereien und chemischen Waschanstalten einen Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von 6, bzw. 2 und 8 Pf. die Stunde vorsah. Der Schiedsspruch wurde von den Unternehmern angenommen, von den Arbeitern abgelehnt.

Anschließend fanden neue Verhandlungen vor dem Schlichter statt, wo es schließlich zu einer Einigung kam. Ueber den Schiedsspruch hinaus wurde eine weitere Zulage vereinbart, so daß die Gesamtlohnzulage zum größten Teil 8 Pf. pro Stunde beträgt. Sämtliche bestehenden Akkordlöhne sind um 5 Proz. erhöht. Eine genaue Regelung des Akkordtarifes soll innerhalb drei Wochen erfolgen.

Auch in der Arbeitszeitregelung wurde eine Verbesserung erzielt, indem für die ersten drei Ueberstunden, über 48 Stunden hinaus, anstatt wie bisher 15 Proz., von jetzt ab 20 Proz. gezahlt werden müssen. Lohnabkommen, Manteltarif und Arbeitszeit-Regelung haben eine Laufdauer vom 30. Januar 1928 bis zum 31. Januar 1929. Die Tarifverträge sind im Verbandsbureau des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Andreasstraße 17, zu haben.

## Karl Schrader sechzig Jahre alt.

Gestern vollendete Karl Schrader, Berlin, der zweite Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sein sechzigstes Lebensjahr. In Apolda in Thüringen geboren, kam er schon als junger Wirkergeselle durch die verschiedensten Gauen des Reiches. Nach seiner Militärzeit trat er der Sozialdemokratischen Partei und dem Deutschen Textilarbeiterverband bei. Wiederholt war er dann in verschiedenen Orten als Verbands- und Parteivorstand tätig. So übertrug man ihm im Jahre 1905 den Vorsitz der Landesorganisation der S.P.D. in Sachsen-Weimar.

Das Vertrauen seiner Berufsgenossen berief ihn nach den Jahren der ehrenamtlichen Tätigkeit zum Geschäftsführer der Filiale Kassel, dann zum Leiter des Verbandes nach Stuttgart, und im Jahre 1909 kam er als Leiter der statistischen Abteilung der Verbandszentrale nach Berlin. Auf dem Verbandstag in Breslau im Jahre 1921 wurde er neben Hübsch und Jäckel zum Verbandsvorsitzenden gewählt, welche Stellung er heute noch bekleidet.

Schrader, der erst vor einem Jahre noch als Mitglied einer Delegation der Textilarbeiterinternationale in Indien bereiste, ist noch im Besitz seiner vollen körperlichen und geistigen Frische. Wir hoffen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch viele Jahre im Dienste der Textilarbeiterchaft und der gesamten Arbeiterbewegung weiter zu wirken.

## Kampf in der englischen Textilindustrie.

Der Unternehmervorstand der Baumwollspinnereien hat in einer Versammlung in Manchester beschlossen, unermäßig den Arbeitern, die mit der Verarbeitung amerikanischer Baumwolle beschäftigt sind, mit einmonatiger Frist mitzuteilen, daß sie beabsichtigen, die Löhne um 12 1/2 Proz. herabzusetzen und die Arbeitszeit von 48 auf 52 Stunden pro Woche zu erhöhen. Ursprünglich war geplant gewesen, die neuen Bedingungen auf die ganze Baumwollspinnereindustrie auszudehnen, aber hiergegen hatte sich Widerspruch erhoben.

S.P.D.-Schuhmacher! Heute um 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Generalversammlung. Niemand darf fehlen!

**Wichtig. Verbandsbetriebe!** Am Sonnabend, 18. Februar, 19 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelsplatz 24-26, Eingang 8, vorl. links, Zimmer 4, eine Sitzung für alle in den Betriebsbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Parteigenossen der S.P.D. statt. Vortrag: „Die Betriebsbetriebe des Gegenwart und Zukunft.“ Referent: Walter Reuter. Das Erscheinen ist sehr erwünscht. Parteimitgliedsbuch gilt als Quittung. Der Protokollvorsitzende der Betriebsbetriebe: A. A. Stern.

**Jugendgruppe des J.B. Schönberg:** Jugendheim Hauptstr. 13 (Vollsch. 1. St., Thüringenszimmer). Betriebsprüfung, Reduktion des Arbeitsprogramms.

**Wichtig. Funktionäre!** Pünktlich 9 Uhr im Jugendheim des Ortsbureaus Funktionärenversammlung. Wichtige Tagesordnung. Die Jugendleitung kommt eine Stunde früher ebenfalls im Jugendheim des Ortsbureaus zu einer kurzen Sitzung zusammen.

**Alle Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Freitag, Donnerstags, 18. Uhr, gegen die Gruppen: Köpenick: Stadt, Jugendheim Richter Str. 18-19. Vortrag: „Religion.“ — Charlottenburg: Jugendheim Spreer Str. 20. Müll- und Eisenabend. Die Gruppe „Pöppelplatz“ bezieht uns. — Humboldt: Jugendheim Groun, Ecke Kochingstraße. Vortrag: „Moderne und sozialistische Religion.“ — Neuhardenberg: Jugendheim Pots. Schütz. Gatzburger Straße. Von Ober zu Ober (Pöppelplatz). — Tempelhofer Gruppenheim: Zentrum Germaniastr. 4-6. Vortrag: „Die Bedeutung der Gewerkschaft.“ — Schöneberg: Gruppenheim Weidenberger Str. 6 (Neuwerkshaus). Albert Gehrmannsolles. — Altona: Jugendheim Grünauer Str. 6. Wie tanzen und singen. — Frankfurter Allee: Stadt, Jugendheim Blauer Str. 18, Zimmer 2. Wie beteiligen uns an der Arbeitszeitregelung im Jugendheim Große Frankfurter Str. 16. — Landsberger Platz: Jugendheim des Ostens, Große Frankfurter Str. 16, Quergeb. part., Zimmer 1. Müll- und Sonntagabend. — Ostkreuz: Um 19 Uhr im Jugendheim des Ostens, Große Frankfurter Str. 16. Müll- und Sonntagabend.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: A. Ringelshier; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götze; Revolution: R. A. Böhm; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöck. sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Eiser u. Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 3. Hierzu 2 Beilagen: „Unterhaltung und Wissen“ und „Arbeitszimmer“.

# Ein großer Schlager

ist die neue 4-Pf.-Zigarette in Würfelpackung

# ENVER BEY

# TÜRKISCH



mit Goldmundstück und ohne Mundstück rund geworden. Sie bietet etwas ganz Besonderes in Qualität. Rauchen Sie diese und Sie werden sich überzeugen, daß hier für den Preis von 4 Pf. etwas geboten wird, was noch nie dagewesen ist.

Interessante Bilder über die Entwicklung der Flugtechnik liegen jeder Packung bei.



# Krank-Prozess bis Sonnabend vertagt.

## Die Zwischenfälle, die zur Vertagung führten. — Der neue Verteidiger Dr. Arthur Schulz.

Die Verhandlung im Krank-Prozess ist bis Sonnabend ausgelegt. Diese Frist hat das Gericht dem von ihm bestellten Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schulz zur Bewältigung des Prozessstoffes gewährt. Sollte sie nicht genügen, so kann der Prozess am Sonnabend auf weitere drei Tage ausgelegt werden. Strafprozessual ist hier einwandfrei verfahren worden. Wird aber der Angeklagte imstande und gewillt sein, seinem neuen Verteidiger die Seelenvorgänge nahe zu bringen, die ihn zum Akteur im blutigen Drama am 28. Juni 1927 gemacht haben? Wird der Verteidiger in der Lage sein, durch Studium der Akten und der Prozessberichte seinen Pflichten in einem psychologisch so komplizierten Falle gerecht zu werden? Beide Fragen müssen rund verneint werden.

Wäre aber der letzte Zusammenstoß zwischen Vorsitzenden und Verteidiger nicht zu vermeiden gewesen? Wäre die Niederlegung der Verteidigung nicht zu umgehen gewesen? Sie vollzog sich gerade im Augenblick, als das Sachverständigengutachten des Universitätsprofessors Spranger im Gerichtssaal so etwas wie die Stimmung einer pädagogischen Konferenz in einem modernen Erziehungsinstitut geschaffen hatte. Der Zusammenstoß hätte bei einigem guten Willen, wenn auch nicht vermieden werden können, so doch nicht dorthin zu führen brauchen, wohin er geführt hat. Dr. Frey zeigte in diesem Prozess im Gegensatz zu dem, was man sonst bei ihm gewohnt ist, eine Nervosität und Gereiztheit, die über das übliche Maß weit hinausgingen. Sollte dieser Umstand bei der Niederlegung der Verteidigung mit einer Rolle gespielt haben? Es wurde im Gerichtssaal die Vermutung ausgesprochen, der Verteidiger habe den Konflikt absichtlich auf die Spitze getrieben, weil er die Objektivität und Borurteillosigkeit dieses Gerichtshofes angezweifelt habe. Wir glauben daran nicht! Höchstens daß man der Ueberzeugung sein sollte, daß eine Neuauflage des Prozesses für den Angeklagten zu einem günstigeren Ergebnis führen würde. Oder sollte jemandem die Möglichkeit einer völligen Niederlegung des Verfahrens vorschweben?

Man nannte den Fall Gerth. Auch in jener Gerichtsverhandlung hatte Dr. Frey die Verteidigung niedergelegt. Damals war seine Taktik von Erfolg gekrönt; Gerth kam ins Irrenhaus zur Untersuchung seines Geisteszustandes und wurde später auf Grund des § 51 freigesprochen. Der Fall Krank liegt anders. Die Anklage wegen Mordes ist ausgeschieden, die Anklage wegen Verabredung zum Mord an der Hilde Scheller ist nach den Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Bleibt der gemeinschaftliche Totschlag! Eine hohe Gefängnisstrafe wäre in diesem Falle eine Unmöglichkeit gewesen, eine geringe Gefängnisstrafe hätte der Beurteilte aber nicht abzusitzen brauchen. Das Abiturium und das Studium hätte man ihm möglich gemacht. Die Sache wäre aber ein für alle Male erledigt. Wird aber die Gerichtsverhandlung auf unbestimmte Zeit ausgelegt, so bleibt das Damoklesschwert des Prozesses über dem Angeklagten hängen. Wie aber Paul Krank einmal geartet ist, wäre das für seinen psychischen Zustand

verheerend. Der Prozess hätte zu Ende geführt werden sollen; die Niederlegung der Verteidigung hätte vermieden werden können! Die öffentliche Meinung ist der Ansicht, daß der Prozess überhaupt nicht hätte geführt werden dürfen.

Im Laufe der Aussagen des Sachverständigen, Strojanski-lehrers See mann, der auf eine Frage des Verteidigers Dr. Frey antwortet, ereignet sich jener Zwischenfall, der zu der bereits im Abendblatt geschilderten Niederlegung der Verteidigung führt. Der Vorsitzende unterbrach R.-A. Dr. Frey mit den Worten, daß eine bestimmte Frage wohl nicht zur Sache gehöre. R.-A. Dr. Frey (sehr erregt): Ich verbitte mir diese wiederholten Unterbrechungen. Ich habe das Recht zu fragen und bitte widrigenfalls meine Frage nur zu beantworten. Vors.: Ich mache Sie wieder darauf aufmerksam, daß Sie einen Ton anzuschlagen beabsichtigen, wie er sonst hier nicht üblich ist. R.-A. Dr. Frey (noch heftiger): Und ich sage, daß Ihr Betragen einem Verteidiger gegenüber nicht üblich ist. Vors.: Sie werden noch ungehöriger. R.-A. Dr. Frey: Ich verbitte mir das Wort ungehörig. Vors.: Dann müssen wir uns darüber schlüssig werden, ob ich Ihnen nicht das Wort entziehen soll. Unter allgemeiner Erregung im Saale zog sich das Gericht dann zur Beratung zurück und der Vorsitzende verkündete dann:

Das Gericht läßt die Frage als nicht zur Sache gehörig nicht zu. Gleichzeitig bin ich ermächtigt worden zu erklären, daß der genannte Gerichtshof empört ist über den Ton, der hier dem Gericht gegenüber vom Verteidiger angeschlagen worden ist.



Zwei Mitschüler Krantz' als Zeugen

R.-A. Dr. Frey: Diese Erklärung ist unzulässig. Sie wollten mir das Wort entziehen. Hat sich das Gericht darüber schlüssig gemacht? Vors.: Das wird es zu geeigneter Zeit tun. R.-A. Dr. Frey: Dann muß ich mir vorbehalten, zu prüfen, ob ich unter den gegenwärtigen Umständen die Verteidigung weiterzuführen in der Lage bin.

### Weitere Sachverständigengutachten.

Nach diesem Zusammenstoß wendete sich die Verhandlung wieder der Vernehmung des Lehrers zu R.-A. Dr. Frey: Nach Ihrer Aussage haben Sie die Trinkseligkeit des Krank für Renommage gehalten. — Im Anschluß daran ging der Vorsitzende zur Vernehmung des Sachverständigen, des Medizinalrats Freiherrn v. Mahrenholz, über. Dr. v. Mahrenholz: Ich möchte vorweg bemerken, daß im allgemeinen Zweifel nicht geäußert wurden, ob der § 51 in Frage komme und Krank ein psychopathischer Mensch ist. Drei Punkte sind hierfür beachtlich: Krank ist ein Phantast, er kommt leicht aus der Bahn und tritt an Depressionszuständen. Der Phantast ist durch seine Gedichte klar erwiesen. Die Depressionszustände sind einmal hervorgerufen durch Umstände sexueller Natur. Er zeigte eine gesteigerte Sexualität, aber nicht das, was seine Genossen darunter verstanden, und das führte ihn zu Depressionen. Krank war sicherlich ein Mensch in sexueller Beziehung, der aggressiv war, und als er das erste derartige Erlebnis mit Hilde Scheller hatte, machte es einen kolossalen nachrückenden Eindruck auf ihn. Dazu kamen noch häusliche Verhältnisse, und alles zusammen bedrückte den Jungen.

### Die Atmosphäre in Mahlow war ein feuchter Sumpfort.

durch den er erklärlicherweise in Fieberzustand verfiel wurde. Dadurch wurde er zum Schlichten verleitet und veränderte sich in seinem Wesen. Was seinen Alkoholgenuß anlangt, so kann man nach seinen eigenen Angaben sagen, daß er allerdings getrunken hat. Jedenfalls war er nicht alkoholgewohnt. Auf ihn dürfte der größte Teil der in der kritischen Nacht konsumierten Flaschen, etwa 1 1/2 Flaschen Obstwein und des getrunkenen Likörs kommen.

Der nächste Sachverständige, Professor Cramer, stützte sich auf zwei Untersuchungen des Krank im Untersuchungsgefängnis. Prof. Cramer: Krank ist ein schwächlicher, zart gebauter junger Mann mit Anzeichen von Uebererregbarkeit und neuropathischer Konstitution. Seine Psyche zeigt Weichheit, Ueberempfindlichkeit, Sensibilität. Auch weist er Willensschwäche und Beunschlugharkeit auf. Er besitzt schließlich auch eine rege Phantasiefähigkeit, die eine Wirklichkeitsfremdheit besitzt. Er erlebt alles mehr in der Phantasie als in der Wirklichkeit. Damit ist verbunden seine Pose für Renommisterei und aus dieser Diskrepanz zwischen Phantasie und körperlicher Verfassung entsteht die Disharmonie seiner Persönlichkeit. Bei solchen Menschen ist ein Fortkommen aus dem Elternhause nichts Besonderes und sehr bedenkliches. Ebenso ist die Aufschreie gegen Autoritäten etwas für sein Alter Charakteristisches, eine Erscheinung, die kaum etwas Ungewöhnliches darstellt. Die Pubertät trat ziemlich früh ein, und hierbei kam es zu Hemmungen. Seine Toleranz gegen Alkohol war nicht gerade schlecht, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß bei kleinen Mengen er heiter, bei größeren melancholisch wurde. Manche Leute kommen so bekanntlich beim Trinken ins heulende Glend hinein. Zur Charakterisierung seines Zustandes in dem fraglichen Zeitpunkt möchte ich bemerken, daß das sexuelle Erlebnis für ihn recht eindrucksvoll gewesen ist und sein Selbstgefühl etwas gehoben hat. Daher kann man sich vorstellen, was die nächste Nacht ihm für eine starke Enttäuschung bei seiner Sensibilität brachte. Aus dieser Stimmung heraus kam es zu dem Wunsche, sich durch starken Alkoholgenuß

# Menschen, Göttern gleich...

20] Roman von Herbert George Wells.

Einige irdische Kritiken.

1.

Während dieses denkwürdigen Nachmittags und Abends schien es Mr. Barnstaple, als sei er an nichts Bemerkenswerterem beteiligt, als an einem außergewöhnlichen Dialog über Regierungsform und Geschichte, einem Dialog, der sich auf irgendeine unerklärliche Weise abgespielt; es war so, als ob sich dies alles nur in seiner Vorstellung ereignete; dann aber überkam ihn wieder die volle Lebendigkeit seines Abenteurers mit überwältigender Macht und sein geistiges Interesse wurde durch die erstaunliche Seltsamkeit seiner Voge völlig abgelenkt. In diesem Zustand ertappte er sich dabei, wie sein Blick von einem Gesicht zum anderen der ihn umgebenden Utopen schweifte, eine Zeitlang auf irgendeinem ausserirdischen Detail der Gebäudearchitektur verweilte und dann wieder zu jenen göttlich begnadeten Gestalten zurückkehrte.

Dann wandte er sich wieder ungläubig seinen Erdgenossen zu.

Nur die engelgleichen Gesichter eines italienischen Meisters waren so rein, ernst und schön wie diese utopischen Gesichter. Eine Frau sah der Delphischen Sibille Michelangelos merkwürdig ähnlich. Sie sahen, Männer und Frauen zusammen, in ungezwungener Haltung da, die meisten von ihnen auf die Distuffion konzentriert, und dann und wann begegnete Mr. Barnstaple dem forschenden Blick eines freundlichen Augenpaares oder fand, wie mancher Utopie die Kleidung Lady Stellas oder das Augenglas von Mr. Muth aufmerksam betrachtete.

Mr. Barnstaple hatte zuerst den Eindruck gehabt, als ob die Utopen lauter junge Leute wären; nun bemerkte er, daß aus diesen dieser Gesichter eine gereifte Festigkeit sprach. Keines zeigte die ausgeprägten Merkmale des Alters, wie sie unsere Welt eingrät, aber Urthred und Lion hatten beide um Augen, Lippen und Brauen Linien von Lebenserfahrung.

Der Eindruck, den diese Leute auf Mr. Barnstaple machten, rief bei ihm in seltsamer Weise ein Gemisch von Vertraulichkeit und Ueberraschung hervor. Er hatte das Gefühl, daß ihm die Existenz einer solchen Rasse schon immer

bekannt gewesen sei und daß ihm dieses Wissen in tausend Fällen den unbedingten Wahstab für die Beurteilung menschlicher Dinge geliefert hatte; gleichzeitig aber war er aufs äußerste erstaunt und konnte es nicht glauben, daß er sich in der gleichen Welt mit solchen Wesen befand. Sie waren zugleich normal und doch wunderbar im Vergleich zu ihm selbst und zu seinen Gefährten, die ihrerseits Verschrobenheit und vollkommene Nüchternheit in sich vereinten.

Und zugleich mit dem heftigen Wunsch, sich mit diesen feinen und wohlgestalteten Wesen anzufreunden und mit ihnen vertraut zu werden, sich ihnen hinzugeben und sich mit ihnen durch Dienste und Gegendienste zu verbinden, empfand er Scheu und Furcht, die ihn vor einer Annäherung zurückschrecken und ihn vor einer Berührung erbeben ließ. Er wünschte so sehr ihre persönliche Anerkennung als Freund und Genossen, daß ihn das Bewußtsein seiner eigenen Blumpheit und Nichtigkeit ganz niedergeschlagen machte. Er hatte das Bedürfnis, sich vor ihnen zu beugen. Hinter allem Glanz und der Lieblichkeit seiner Umgebung lauerte die unenträglich Drohung, schließlich aus dieser Welt verstoßen zu werden.

Mr. Barnstaple hatte einen so ganz starken Eindruck von den Utopen und gab sich so ganz der Freude über ihre Anmut und körperliche Schönheit hin, daß er eine Zeit lang gar nicht bemerkte, wie verschieden von ihm mehrere seiner Erdgenossen darauf reagierten. Da die Utopen nichts von der Verschrobenheit, der Lächerlichkeit und der Grausamkeit des gewöhnlichen irdischen Lebens an sich hatten, war Barnstaple entschlossen, ihre Einrichtungen und Lebensweise ganz ohne Kritik gutzuheißen.

Vater Amertons Benehmen war es, das ihn zuerst darauf aufmerksam machte, es könnte jemand die Lebensweise dieses wunderbaren Volkes schärfstens mißbilligen und ihm gegenüber eine sehr beträchtliche Feindschaft an den Tag legen. Zuerst hatten Vater Amertons rundes Gesicht und seine runden Augen über dem runden Kragen einen verwundernden Ausdruck angenommen; er hatte sich geneigt gezeigt, die Führung irgend jemandem, der sie ergreifen würde, zu überlassen, und hatte kein Wort gesprochen, bis ihn die nackte Schönheit der toten Christolagone zu einem überlauten Ausruf unfürchlicher Begeisterung veranlaßt hatte. Aber während der Reise nach dem See, während des Mahls und der Eröffnungsvorbereitungen für die Versammlung zeigte sich eine Reaktion, und jenes erste naive und achtungsvolle Staunen wich einer widerwilligen und feindseligen Haltung. Es war, als ob dieses Utopien, das als ein Schau-

stück angefangen hatte, nun die Verkörperung einer Weltanschauung geworden sei, die er, wie er fühlte, entweder annehmen oder widerlegen müsse. Vielleicht war er zu sehr in den Gewohnheiten eines öffentlichen Sittenrichters befangen und konnte sich nicht eher wohl fühlen, bevor er nicht verdammt hatte. Vielleicht war er wirklich durch die eindrucksvolle Nacktheit dieser lieblichen Körper, die ihm umgaben, entzündet und bedrängt. Aber nun fing er an, wunderbar zu stöhnen, zu husten, in sich hinein zu murmeln und eine wachsende Unruhe zu verraten.

Zum erstenmal ließ er sich zu einem Zwischenruf hinreißen, als die Bevölkerungsfrage aufgerollt wurde. Für eine kurze Weile überwand die Verunft seine Gemüts-erregung, als von dem Propheten des Rabes die Rede war, aber dann gaben die angehäuften Vorurteile den Ausschlag. „Ich muß es aussprechen“, hörte ihn Mr. Barnstaple murmeln, „er muß heraus!“

Jetzt begann er plötzlich Fragen zu stellen. „Es gibt gewisse Dinge, die ich klargestellt haben möchte“, sagte er, „ich möchte wissen, in was für einem stillischen Zustand sich dieses sogenannte Utopien befindet. Verzeihen Sie!“

Er erhob sich. Er stand mit zitternden Händen da, einen Augenblick unfähig, zu beginnen. Dann ging er zum Ende der Sirkreihen und stellte sich so, daß er die Hände auf die Lehne eines Sessels stützen konnte. Er fuhr sich mit den Fingern durchs Haar und schien tief Atem zu holen. In seinem Gesicht, das errödete und zu strahlen begann, erschien eine ungewohnte Lebhaftigkeit. In Mr. Barnstaple stieg ein fürchterlicher Verdacht auf: genau so mußte er in der Kirche von St. Barnabas im Westen dastehen, wenn er eine seiner wöchentlichen Predigten, jener unerhörten Anklagen gegen nahezu alles und jedes begann. Der Verdacht vertiefte sich zur noch viel schrecklicheren Gewissheit.

„Freunde, Brüder dieser neuen Welt — ich habe euch gewisse Dinge zu sagen, die auszusprechen ich nicht länger zögern kann. Ich möchte als Seelsorger einige Fragen an euch richten. Ich möchte euch ohne Umschweife, und wie ein Mann zum Manne, etwas vortragen, ohne zimperlich zu sein, wenn es sich um ernste, wenn auch heikle Dinge handelt. Laßt mich ohne weitere Vorrede zu dem kommen, was ich zu sagen habe. Ich möchte euch fragen, ob ihr in diesem sogenannten Staate Utopien noch das Heiligste im menschlichen Leben besitzt, achlet und ehri. Achlet ihr noch die Bande der Ehe?“

(Fortsetzung folgt.)



# Kreditschwindel Nummer sieben!

## Ein neuer Kreditschwindelstandal. — Der Staatsanwaltschaftsrat bleibt in Haft.

Die Zusammenbrüche von Lombard- und Kreditunternehmungen reihen nicht ab: Gestern sind die Behörden gegen die Wirtschaftliche Kredit-Gesellschaft G. m. b. H. in der Kanonierstraße 39 vorgegangen und mußten Entdeckungen machen, die auch hier eine Weiterleitung der Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft notwendig machen.

Die Firma hat früher in der Potsdamer Straße in kleinen Räumen gehaust, um sich dann unter dem Namen „Bis u. Co.“ in der Kanonierstraße 4 trefflich eingerichtete Räume zu besorgen. Die Polizei entdeckte als Vorstand der Firma zu ihrem Erstaunen einen Herrn Max Ende, der schon früher bei der Aufdeckung der Einporgeschäfte festgenommen, dann aber wieder auf freien Fuß gekommen war. Aus den Feststellungen ergab sich, daß die Gesellschaft und eine angebliche „Bank“ mit schönen Rundschreiben eine großzügige Propaganda betrieben. Neun Berliner Geschäfte dienten als „Stoßfirmen“, d. h. sie setzten sich mit Großbetrieben in der Provinz in Verbindung und beriefen sich dabei auf die Gesellschaft und die Bank, die hinter ihnen ständen. Da die Auskünfte über sie natürlich glänzend lauteten, konnten sie zahlreiche Warenbestellungen machen, und es ist festgestellt, daß in ganz kurzer Frist nicht weniger als 800 solcher Auskünfte erteilt sind. Die Stoßfirmen stützten sich über die Auskünfte hinaus aber auch auf weit über ihren Wert deklarerte Pfandbriefe und Kuxe.

Die auf Kredit gelieferten Waren wurden in Berlin schleunigst zu Geld gemacht, ohne daß die Lieferanten bezahlt wurden.

Ende und sein Kompagnon Wiewenthal wurden festgenommen, ein dritter „Chef“ namens Vog wird noch gesucht.

Interessant ist, daß gestern abend vor dem Hause in der Kanonierstraße ein elegantes Privatauto vorfuhr, dem mehrere Herren entstiegen, die sich mit Schlüsseln und anderen Werkzeugen daran machten, die fest verschlossene Tür zu den Geschäftsräumen zu öffnen. Als beunruhigte Hausbewohner schließlich das Heberialkommando anriefen, sprangen die Leute schleunigst in ihr Auto IA 02141 und machten sich aus dem Staube. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich hier um Freunde der zweifelhaften Chefs handelt.

In der Verhandlung über den Haftentlassungsantrag des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Walter Jacoby hat das Gericht nach mehrstündiger Beratung entschieden, den Staatsanwaltschaftsrat in Haft zu behalten. Demnach muß das Belastungsmaterial, das Frau Bergmann und Major Hünje vorbrachten, der entscheidenden Instanz doch sehr gewichtig erschienen sein.

Nach einer Mitteilung der Justizpressestelle ist der Vorwurf, Staatsanwaltschaftsrat Latte habe pflichtwidrig versäumt, die ihm bekannten Betrügereien des Kaufmanns Sally

Bergmann zu verfolgen, im Wege der Dienstaufsicht nachgeprüft und als unbegründet befunden worden.

## Die neue Affäre Kuhnert. Beschlagnahme von Belastungsmaterial.

Der wegen dunkler Transaktionen mit Kriegsanleihe verhaftete Bankdirektor Kuhnert wird erst heute durch den Vernehmungsrichter eingehend über die ihm zur Last gelegten Vergehen vernommen werden.

Gestern nachmittag verhaftete man unter dem Verdacht der Beihilfe einen Agenten Ludwig Frank. Dieser wurde aber nach eingehender Vernehmung durch den Untersuchungsrichter und durch Staatsanwaltschaftsrat Berliner aus der Haft entlassen, da eine Verdunstungs- und Kollisionsgefahr nicht vorliegt.

Der Verdacht des Finanzamtes, daß Kuhnert falsche Kriegsanleiheklärungen gemacht habe, um dadurch das Reich zu schädigen, empfangt dadurch Nahrung, daß Kuhnert seinen Anleihenbesitz nicht etwa durch sein eigenes Bankinstitut, die Inlandsbank am Schloßplatz, anmelden ließ, sondern durch die holländische Grundkreditbank in Amsterdam, an der er finanziell beteiligt war. Dieser Umweg über das Ausland schien dem Bankier wohl deshalb geboten, weil die Anmeldeungen einer Auslandsbank nach seiner Ansicht weniger auffallen würden, zumal ja auch im Ausland große Beträge deutscher Kriegsanleihe liegen. Vielleicht hoffte er auch, daß die Ueberweisung der Auswertungsbeträge nach Holland von der Steuer nicht erfaßt werde. Den Finanzbehörden aber fiel die Sache auf, und als der Verdacht sich immer mehr verstärkte, wandten sie sich an die Staatsanwaltschaft, die darauf Kuhnert verhaften ließ und in seiner Villa im Grunewald Belastungsmaterial beschlagnahmte. Die Ermittlungen, die von Staatsanwaltschaftssekretär Schindler geführt werden, sind deshalb besonders schwierig, da Untersuchungen in Holland deutscherseits nicht direkt geführt werden können.

Kuhnert kam zuerst mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt im Zusammenhang mit dem Fall der Preussischen Landespfandbeschlagnahme, Geheimrat Nehring, und des Wechselkontos u. Jähwihl, a. Ehdorf und v. Katlowik. Ein Verurteilungserfahren gegen ihn mußte damals wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. 1927 war dann Kuhnert der Hauptbeteiligte an einem der großen Aktienbeseitigungsprozesse. Er floh nach Paris, wurde von Frankreich ausgeliefert und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Agent Frank war der Vermittler, über den der Ankauf von Kriegsanleihen und die Weiterleitung an die Kuhnerts nachstehenden ausländischen Institute gingen. In den nächsten Tagen werden die Beamten der Anmeldestelle für Kriegsanleihe vernommen werden, um festzustellen, ob Kuhnert von ihnen in einer Weise informiert wurde, die ihn zu seinem Vorgehen hätte berechtigen können. Das Verhör dürfte sich sehr lange hinziehen und kaum in dieser Woche beendet werden.

darüber hinwegzulaufen. Nun trat offenbar bei beiden die Reaktion ein, die nach der pathologischen Seite zu bewerten ist. Auf dieser Basis tauchte der traurige Plan auf und lebten sich die beiden in die tragische Pose hinein. Von einem Dämmerzustand im Sinne des § 51 ist also nicht zu sprechen. Etwas ganz anderes ist es aber um die Zeit des Briefschreibens. Hier trete ich dem Borgutachter bei und sage, daß sie nicht im Zustande klarer Ueberlegung geschrieben worden sind, sondern infolge des Alkohols ist die Phantasie mit ihnen durchgegangen.

Dr. Duff ließ darauf eine Pause von 10 Minuten eintreten, und die Sitzung wurde unter allgemeiner Aufregung unterbrochen. Als dann der Gerichtshof wieder im Saale erschien, fehlte zunächst der Verteidiger und mehrere Justizwachmeister waren auf der Suche nach ihm. Inzwischen hatte Rechtsanwalt Dr. Frey eine Rücksprache mit mehreren seiner Berufsstollegen gehabt und erschien dann, um sofort vom Vorsitzenden das Wort zu erbitten. Er verlas hierauf folgende

### Erklärung:

„In der Strafsache gegen Kranz hat das Gericht den Vorsitzenden nach dessen Erklärung ermächtigt, auszusprechen, daß das Gericht durch das Benehmen des Verteidigers gegenüber dem Gericht empört sei. Derartige Äußerungen an dem Verhalten des Verteidigers sind ungewöhnlich. Im vorliegenden Falle ist die Kritik unbegründet. Der Vorsitzende gab Veranlassung zu der Kontroverse mit ihm, indem er den Verteidiger, wie schon sehr oft im Laufe der Verhandlung, ehe die Fragestellung beendet war, unterbrach. Er durfte nur die Frage beauftragen. Die Herbeiführung einer Stellungnahme des Gerichts zu dieser persönlichen Angelegenheit war überflüssig. Sie mußte und sollte den Verteidiger in den Augen der Öffentlichkeit herabsetzen, mußte aber auch die Würde des Anwaltsstandes verletzen. Der Verteidiger sieht sich nicht in der Lage, unter diesen Umständen die Verteidigung weiterzuführen.“

Landgerichtsdirektor Duff: Sie legen also die Verteidigung nieder. Ich habe dazu nur noch zu bemerken, daß eine Herabsetzung des Anwaltsstandes von mir nicht beabsichtigt war. Ich stelle dann fest, daß der Angeklagte Kranz zurzeit ohne Verteidigung ist und frage ihn, ob er sich selbst einen anderen Verteidiger wählen wird, sonst wird ihm ein Offizialverteidiger vom Gericht gestellt werden.

Angekl. Kranz: Ich möchte mir selbst einen Verteidiger wählen. Vorl.: Das muß aber gleich jetzt geschehen.

Angekl. Kranz: Dann bitte ich das Gericht um einen Offizialverteidiger. Landgerichtsdirektor Duff: Gut, das Gericht wird einen Verteidiger nennen. Ich unterbreche die Sitzung auf 1½ Stunden. — Unter großer Aufregung leerte sich der Saal. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen folgte das Gutachten des Universitätsprofessors Dr. Spranger. Er ist Professor der Philosophie und Pädagogik und Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Seit 17 Jahren Professor und seit 7 Jahren an der Berliner Universität, hat er sich in der ganzen Zeit mit der Psychologie der Jugend befaßt und darüber auch ein umfassendes Werk geschrieben. Der Sachverständige erklärte einleitend, daß er nicht ein psychiatrisches, sondern ein psychologisches und pädagogisches Gutachten erstatten werde. Deshalb müsse er auch die sexuellen Dinge und deren Beziehungen zur Tat den Medizinern überlassen. Falsch wäre es aber, die Seelenbetätigung junger Menschen allein aus dem sexuellen Leben zu folgern. Die extremen Geschnisse, die hier zur Beurteilung vorliegen, lassen sich erklären aus den ganz allgemeinen Zügen der jugendlichen Seele. Bei der Beurteilung des Charakterbildes von Kranz muß man berücksichtigen, daß er aus einfachen Verhältnissen schnell in die Sphäre der Selbsttätigkeit hineingewachsen ist, die ihm die Schule geboten hat. Die jungen Leute sprechen heute immer nur von dem, was ihnen die Schule nicht gibt, vergessen aber, was ihnen die Schule geboten hat.

### Das Wort Phantast möchte ich nicht gerne anwenden.

Nicht jeder, der ein reiches Innenleben hat, ist ein Phantast. Aus dem Tagebuch und den Gedichten von Kranz geht keineswegs eine erhebliche Phantasietätigkeit hervor. Das Tagebuch zeigt, was ein Charakterzug der heutigen Jugend ist: Einen starken Zug zum Aufbau einer idealen Welt und dann die Erschütterung, wenn die ideale Welt zusammenbricht. In Verbindung mit letzterem steht die Schnelligkeit des Entschlusses, bei dieser Erschütterung alles über Bord zu werfen. Diese Züge zeigen sich auch bei Paul Kranz, bei dem noch als drittes Moment hinzutritt: eine schwülstige Umwelt. Wenn bei Kranz etwas schief geht, stellt er sich aggressiv. Die Gedichte können nicht immer als eine Form reifer Erlebnisse angesehen werden. Dies trifft auch auf seinen Dichter zu. Bei dem Gedicht „Mord“ ist nicht anzunehmen, daß er sich mit Mordgedanken beschäftigt hat. Natürlich tragen wir alle etwas von dem, was da gesagt wird, in unserem Innern. Mit Vorsicht kann man sagen: Eine Mordgedanke ist in uns allen vorhanden. Der jugendliche Mensch steht, wenn er ein starkes Innenleben führt, dem Tod näher als der Gelehrte. Er hat immer den Gedanken vor sich: Ich kann die Wand durchstoßen und in das All zurückfliegen. Was in der Ordnung ist, kann man eigentlich

### nicht unter den Begriff eines Planes bringen.

Die Erschütterungen, die Kranz nach seinem ersten Erlebnis gehabt hat, das ungeheure Trinken und der mangelnde Schlaf, haben die aufgeregte Situation hervorgerufen. Man kann nicht von einem Gedanken des Mordes sprechen, sondern eher von einem erweiterten Selbstmord. Sie sprechen immer von „wir“, trotzdem zwischen ihnen Gegenjäger bestanden, fühlten sie sich so verbunden, wie man es nur bei derartigen Gegenjägern, bei jungen Menschen und bei der Bohème findet. Der Gedanke ist ihnen nicht gekommen, daß es sich nicht bloß um ihr eigenes Leben, sondern auch um fremdes Leben handelte. Wenn sie an das Weltall schreiben, so ist das ganze für diese Jugendlichen ein Theater. Bieweil man am Morgen noch bei der Tafel einen Vorfall annehmen kann, entzieht sich meiner Kenntnis, denn es ist möglich, die Psyche der Jugend in Ueberereinstimmung zu bringen mit der juristischen Formel. Der Angeklagte Kranz ist schmerzvollenden Situationen nicht gewachsen. „Pauschen“ wird nur dann ein ganz großer Mann werden, wenn sich zu seiner Begabung Energie gesellt. Trotz seiner Erfahrungen in der Gefängniszelle ist er sich der Majestät des Staates, mit dem er zusammengefallen ist, noch heute nicht ganz klar. Der Majestät der Moral ist er sich noch nicht bewußt. Dem Bestreben der Jugendlichen, alles auf sich zu beziehen, muß mit aller Wucht die Erkenntnis von der Verantwortlichkeit vor dem fremden Leben entgegengekehrt werden. Die Öffentlichkeit muß sich klar werden über Verantwortlichkeit für die heranwachsende Jugend.

### Der neue Verteidiger.

Um 3 Uhr nachmittags erschien der Gerichtshof wieder im Saal. Zunächst waren die Plätze der Anwaltsvertreter und der Verteidiger leer. Nach einiger Zeit erschienen die beiden Staatsanwälte, und Landgerichtsdirektor Dr. Duff ließ durch den Justizwachmeister Rechtsanwalt Artur Schulz aufrufen, der alsbald erschien und am Verteidigerisch Platz nahm. Vorl.: Ich habe Sie als Verteidiger dem Angeklagten von Amts wegen beigeordnet und Sie haben sich auch bereit erklärt, die Verteidigung zu übernehmen.

Rechtsanwalt Artur Schulz: Ich möchte aber doch dem Gericht anheim stellen, in Ermägung zu ziehen, ob es nicht zweck-

mäßiger wäre, wie es auch insbesondere im Interesse der Sachlage geboten erscheint, den Konflikt des Gerichtes mit dem bisherigen Verteidiger beizulegen, und ich würde gern die Hand bieten, einen Ausgleich zu schaffen. Für mich als Anwalt ist es eine preäre Lage, nach einem Konflikt mit dem Gericht als Verteidiger aufzutreten.

Vorl.: Die Verantwortung trifft den früheren Verteidiger allein. Sie sind bestellt worden und haben sich bereit erklärt.

Rechtsanwalt Schulz: Das wohl, doch möchte ich aber als Verteidiger erklären: In einer so umfangreichen und die gesamte Öffentlichkeit so ungeheuer beschäftigenden Sache bin ich nicht in der Lage, die Verteidigung pflichtgemäß zu führen, ohne erhebliche Vorbereitung und ohne daß ich einen anderen Eindruck von der bisherigen Beweisaufnahme habe, als die Prozeßberichte der Zeitungen, die mir unterbreitet worden sind. Um die Verteidigung des Angeklagten sachgemäß führen zu können, muß ich von dem Recht der Strafprozeßordnung § 145 Absatz 2 Gebrauch machen und eine Unterbrechung der Verhandlung beantragen. Eine sofortige Fortsetzung würde für die Verteidigung unmöglich sein, aber auch eine Unterbrechung, die nicht länger als drei Tage dauern darf, würde bei dem umfangreichen Stoffmaterial keine genügende Zeit zur Vorbereitung bieten. Ich beantrage daher auch im Interesse des Angeklagten, in dessen Namen ich auch spreche, die Vertagung.

Nachdem das Gericht wieder im Saal erschienen war, veränderte Landgerichtsdirektor Duff als Beschluß des Schwurgerichts: Das Gericht hält eine Aussetzung der Verhandlung nicht für erforderlich. Andererseits konnte sich das Gericht der Erkenntnis nicht verschließen, daß der neue Verteidiger Zeit zur Vorbereitung haben muß. Diese Vorbereitung kann aber, wenn die Zeit gut ausgenutzt und der Stoff richtig angefaßt wird, in verhältnismäßig kurzer Zeit vor sich gehen. Gleichwohl will das Gericht dem neuen Verteidiger nicht zu enge Schranken setzen, damit er Zeit hat, sich mit dem Angeklagten über den bisherigen Prozeßstoff und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen zu besprechen. Damit alle Belange des Angeklagten gewahrt bleiben, hat das Gericht eine

Aussetzung der Verhandlung bis Sonnabend früh 9½ Uhr beschlossen. Herr Verteidiger, ich frage Sie, ob Sie bereit sind, die Verteidigung unter diesen Umständen zu übernehmen.

Rechtsanwalt Artur Schulz: Ja.

Als sich der Saal langsam unter großer Aufregung entleerte, erlitt die Mutter des Angeklagten, Frau Kranz, einen Ohnmachtsanfall und mehrere Aerzte bemühten sich längere Zeit um sie. Sie konnte dann aber in Begleitung ihres Mannes und Sohnes nach einiger Zeit das Gerichtsgebäude verlassen. Vor dem neuen Kriminalgericht in der Turnstraße warteten wieder riesige Menschenmengen, um, wie gestern, dem Angeklagten Kranz einen Empfang zu bereiten. Er hatte es aber vorgezogen, durch einen Nebenausgang das Gerichtsgebäude zu verlassen.

### ASP-Faschisten tagen unter Polizeiobhut.

Die ASP veranstaltete gestern abend in Haverlands Festhätten ihre zweite Berliner Kundgebung, die genau so kläglich endete wie die erste. Der Saal war zwar überfüllt, aber — von Kommunisten und sozialdemokratischen Arbeitern. Das neueste Berliner Mitglied, Max Barthel, hatte das Referat über seinen „Austritt aus der SPD.“ übernommen. Er verlas stundenlang Briefe und Zeitungsausschnitte, die er in den Jahren 1919 erhalten hatte. Im übrigen war sein Referat eine einzige traurige Stammelei und so unglücklich angelegt, daß man wahrlich von einer politischen Einstellung nichts gewahr wurde. Er tat lediglich den zahlreich anwesenden rechtsradikalen Journalisten den Gefallen, über die SPD. auszuspähen, was er eben auspacken nennt. Aber das Material war so jämmerlich, daß stürmische Sachsaßen der Versammlung diese kläglichen Versuche,

die SPD. zu beschimpfen, beantworteten. Während des Referats sang der größte Teil der Versammlung die Internationale. Der Vorsitzende Max Kammert, der bereits in der letzten Versammlung scheinbar von Polizeihilfe hat, versuchte auch diesmal, die Polizei aufzuheben, von ihrem Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Schließlich mußte er sich nicht anders zu helfen, als daß er drei Viertel des Saales räumen ließ. Als er mit seinem Trüppchen, meist Rationalszialisten und Mitglieder des Bundes Bayern und Reich allein war, nahm die „Versammlung“ ihren ungeklärten Verlauf.

Auch dieser zweite Versuch der ASP., in Berlin Fuß zu fassen, mißlang noch kläglicher als beim erstenmal.

### Festnahme eines Rauschgifthändlers. 600 Päckchen Kokain beschlagnahmt.

Ein internationaler Rauschgifthändler namens Ohrenstein wurde durch das Zusammenwirken der Berliner und Hamburger Kriminalpolizei unschädlich gemacht. In seiner Geheimwohnung sind von der Berliner Kriminalpolizei 600 Päckchen Kokain und ein Pfund Diäthylmorphium beschlagnahmt worden. Vor einigen Tagen wurde die Berliner Kriminalpolizei von Hamburg benachrichtigt, daß ein bereits unter dem Verdacht des Rauschgifthandels stehender Händler Jakob Ohrenstein von Hamburg abgereist sei, der beabsichtigt, an Berliner Händler größere Quanten Rauschgifte zu vertreiben. Ohrenstein traf, ohne zu ahnen, daß sein Zimmer in der Städtischen Strafe von Kriminalpolizei besetzt war, dort ein und wurde von den dort auf ihn wartenden Beamten festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Dort gestand er ein, daß er die beschlagnahmten Gegenstände, die er in Hamburg gekauft und mit denen er nach Berlin gekommen sei, an ihm bekannte Händler, deren Aufenthalt in der Tauentzienstraße und am Kurfürstendam er in einem ebenfalls bei ihm beschlagnahmten Notizbuch vermerkt hatte, verkaufen wollte.

In Ohrenstein ist ein Mann festgenommen worden, der bereits von verschiedenen Staatsanwaltschaften und Strafbehörden festbefeihlich gesucht wird.

### Zwei Werwolfleute unter Anklage. Anzeige gegen acht Reichsbannerleute.

Im Krensdorfer Prozeß vor dem Frankfurter Schwurgericht hatte Oberstaatsanwalt Kothe bereits mitgeteilt, daß gegen die beiden jugendlichen Werwolfleute Zentle und Hoffmann, die durch Antrampeln des Reichsbannertradfahrers Klemowicz die Veranlassung dazu gegeben hatten, daß es zu den späteren blutigen Vorfällen in Krensdorf kam, Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung erhoben worden sei. Die beiden werden sich nunmehr am 22. Februar vor dem Schöffengericht in Fürstentum zu verantworten haben. Da der Verteidiger Schmeltzer nun, inzwischen Anzeige gegen acht Reichsbannerleute erstattet hat, die nach den Feststellungen des Frankfurter Prozesses auf August Schmeltzer mit Trommelstöcken eingeschlagen haben sollen, hatte Rechtsanwalt Bloch-Berlin als Rechtsbeistand Zentle und Hoffmanns Aussetzung des Fürstentum-Prozesses bis zur Entscheidung über die Anzeige gegen das Reichsbanner beantragt, ohne daß jedoch diesem Antrage stattgegeben worden ist. Vor dem Schöffengericht Fürstentum werden in der Hauptsache dieselben Zeugen wie in Frankfurt a. D. auftreten.

Einen vollständig-juristischen Abend der „Wandervögel“ veranstaltete der 2. Kreis-Tiergarten der SPD. am Freitag, dem 17. Februar, 1941, Uhr, in den Kaminhallen, Bremer Str. 72/73. Leiter: Theo Rarrel. Zur Ausführung gelangt die Rezono: „Was und Wozu?“



## Starker Rückgang der Verkehrsunfälle.

Oktober 1927: 2313, Januar 1928: 1570.

Nach einer Zusammenstellung des Kommandos der Schutzpolizei betrug die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr im Monat Januar 1928 1570 gegen 1809 im Dezember, 1906 im November und 2313 im Oktober 1927.

Von den 1570 Unfällen entfielen auf die 22 006 (21 952) Privatkraftwagen 82 (86), die 11 998 (11 867) Last- und Geschäftskraftwagen 65 (94), die 9161 Großkraft- und Kleinkraftkraftwagen (gegen 9219 Groß-, Klein- und Motorradkraftwagen) 357 (413), die 624 (623) Kraftomnibusse 89 (103), die 19 930 Krafttraber (19 849) 54 (47) die 3690 (3600) Straßenbahnwagen 122 (159), die mit 42 974 (42 974) Pferden bespannten Wagen 164 (231), die Treträder 219 (210) und die Fußgänger 316 (339). Bei den Unfällen wurden insgesamt 9 (12) männliche und — weibliche (2) getötet und 408 (433) männliche sowie 164 (160) weibliche Personen verletzt.

Der auffallende und erfreuliche Rückgang ist zunächst die natürliche Folge des schärferen Eingreifens der Polizei, weiterhin aber auch zweifellos eine Folge der erzieherischen Arbeit der Verkehrswacht, die auf Publikum und Fahrer gleichzeitig einzuwirken trachtet. Schließend hat auch die Presse an der Besserung der Verhältnisse, die hoffentlich anhalten werden, mitgewirkt.

## Gröffnung des Konsum-Warenhauses.

In den trüben Mittwochsorgen hinein glühen die feurigen Buchstaben der Lichtreklame des neuen Konsumwarenhauses an der Dranienbrücke. Hell leuchten und glühen auch die fünf Verkaufsetagen von Tausenden von Lampen. Hoch an der Kuppel weht die große Hausflagge. Vor dem Portal des Hauses drängt und schiebt sich erwartungsvoll eine Menge von Frauen und Männern, vierhundert, fünfhundert, wer zählt sie? Jemandem klopfen blechern und gemessen neun Uhrschläge. Im Innenraum des Hauses erscheint ein Angestellter, schiebt ein Stuhl beiseite, schlief, öffnet. Dinein strömt die Menge, vorbei an den harrenden Verkäuferinnen, flaut sich in dem übernen Oberlichtsaal. Mit den Köhrstühlen und auf den Treppen hinauf in die oberen Etagen. Im Nu ist der schöne Erfrischungsraum gestürzt. Auch in der Damenkonfektion und bei den Damenwäsche ist bald kein Durchkommen mehr. Es klappt alles ganz vorzüglich dank der Umsicht des Leiters des Hauses, Herrn Müller, eines langjährigen Warenhauspraktikers. Und überall, das ist die Hauptsache, wird gekauft. Schon steht man Schlange. Vor dem Haus und im Hof aber harten die großen Autos des Abtransportes der gekauften Waren. Hunderte von Neuaufnahmen sind zu verzeichnen. Zeitweilig müssen einige Abteilungen wegen Ueberfüllung gesperrt werden. Die wackeren Angestellten, tüpser und unermüdblich auf dem Posten, hatten einen schweren arbeitreichen Tag. Nur eine Mahnung an die Käufer: Nicht die Konsumgenossenschafts-anzeige vergessen.

## Rauchquelle oder Sprechzelle?

Man schreibt uns:  
Erfreulicherweise sind in der letzten Zeit auf den Postämtern und auf den Bahnhöfen die öffentlichen Fernsprechzellen nicht nur durch moderne ersetzt worden, sondern man hat auch ihre Zahl, der gesteigerten Beanspruchung entsprechend, beträchtlich vermehrt. Die neuen Zellen sind vollkommen schalldicht und bieten in ihrem Innern sogar eine Abtöte für Geräusch und einen Garbenhaufen für Hut und Mantel. Leider sorgen die in den Zellen angebrachten Entlüftungsanlagen, die vom Publikum selbst zu bedienen sind, in nur ungenügender Weise für die Zufuhr von frischer Luft. Aus welchen Gründen man überhaupt Entlüftungsanlagen eingebaut hat, die abstellbar sind, ist rätselhaft. In den Zellen herrscht oft eine heiße, stickige Luft, die den Aufenthalt in ihnen zur Qual macht. Und geradezu unerträglich wird die Atmosphäre (wenn man den stinkenden Dunst überhaupt mit diesem Wort bezeichnen darf) durch die Raucher gemacht, die während ihres Gesprächs die Zellen vollqualmen. Das ist eine Rücksichtslosigkeit, von der die Frauen besonders empfindlich getroffen werden. Darf den Benutzern der Automaten-Fernsprecher (in den Fernsprechzellen der Restaurants ist das Rauchen verboten) zugemutet werden, in einer Luft, die zum Schneiden dick ist und die zu Hustenanfällen reizt, ihre Gespräche zu führen? Es geht nun nicht an, Fernsprechzellen für „Raucher“ und für „Nichtraucher“ einzurichten. Es ist aber zu fordern, daß das Rauchen in den Zellen verboten wird. Den Rauchern kann durch eine an der äußeren Wand der Zellenöffnung angebrachte Stummelablage ein Entgegenkommen bezugl werden. Das Rauchen in den Zellen muß aber „Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege“, wie es im Amtsstil so oft heißt, verboten werden.

## Industriespionage bei J. G. Farben.

Ein Prozeß mit Ausschluß der Öffentlichkeit.

Düsseldorf, 15. Februar.

Im Januar 1927 wurde der in München geborene angelegliche Chemiker Guido Reifel mit jetzigem Wohnort in Portsmouth N. H. (Amerika) unter dem Verdacht der Industriespionage verhaftet. Reifel soll von dem mitangeklagten Chemiker Schmittnäger Fabrikationsgeheimnisse erhalten und an den Chemiker Dr. Tumpel, Berlin, der sich aber dem Zugriff der Justiz entziehen konnte, weitergeleitet haben. Dr. Tumpel hat dann die Ergebnisse ins Ausland geschafft. Dem mitangeklagten Chemiker Dr. Rudolf Reif wird zur Last gelegt, Schmittnäger ihm zur Verfügung stehende Fabrikationsgeheimnisse zur Weitergabe an Reifel verschafft zu haben. Die Anklage der Staatsanwaltschaft stützt sich auf das Gesetz wegen unklarer Wettbewerbs vom 7. Juni 1909 und unbefugte Mitteilung und Weitergabe von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Als Nebenkläger sind die J. G. Farbenindustrie, Dr. Gräber, die Firma Cassella u. Co. und die Firma Kalle u. Co. zugelassen. 13 Sachverständige und 31 Zeugen sind geladen. Zu Beginn der Verhandlung stellte der Vertreter der Nebenkläger den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, da in dem Prozeß Fabrikationsgeheimnisse derartig weitläufig behandelt werden müßten, daß jedem die Möglichkeit geboten wäre, sich in den Besitz dieser volkswirtschaftlich wichtigen Fabrikationsgeheimnisse zu setzen. Auch würde das System der Spionageabwehr, wie es bei der J. G. Farben gehandhabt werde, zur Sprache kommen und dadurch seine Wirksamkeit verlieren. Der Staatsanwalt schloß sich diesem Antrage an und verwies darauf, daß wirtschaftliche Belange gefährdet würden, mit denen das Deutsche Reich unmittelbar verknüpft sei. Das Gericht entsprach nach kurzer Beratung dem Antrag. Die Verhandlungen werden sicherlich zwei bis drei Tage bei den zahlreichen Zeugen und Sachverständigen in Anspruch nehmen.

## Die neue Wertzuwachssteuerordnung.

Der Magistrat verabschiedete am 15. Februar 1928 die neue Wertzuwachssteuerordnung, nachdem sie zuvor von einem Ausschuss in fünf Sitzungen eingehend beraten worden war. Der Magistrat stimmte allen Vorschlägen seines Ausschusses zu. Insbesondere erklärte er sich damit einverstanden, daß zur Belebung des Grundstücksmarktes und zur leichteren Zurückführung des Auslandvertriebes in deutsche Hände eine allgemeine Ermäßigung der Wertzuwachssteuer für die Dauer eines Jahres eintreten soll. Die neue Steuerordnung wird viel schärfer als bisher die sogenannten Steuerumgehungen erfassen, insbe-

# Funkwinkel.

„Die freigeistige Weltanschauung“ erläuterte Max Sievers, Geschäftsführer des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung. Die freigeistige Weltanschauung kämpft für den Sieg der Vernunft, für das Recht jedes Menschen, so glücklich zu werden, wie er es seiner geistigen Veranlagung nach vermag. Nicht wirtschaftliche und logische Herangehensweisen sollen ihn daran hindern, aber auch nicht ein duntler Aberglaube, der letzten Endes keine Wurzel hat. Der Glaube an die Wissenschaft, an das Licht der Erkenntnis, nicht an einen geheimnisvoll im Dunkel verborgenen Gott ist die Religion des Freidenkers. — „Von altem und neuem Aberglauben“ berichtete Dr. Kurt Baschwitz, der amüsant zwischen zweimäßigem, sinnvollem und dummem Aberglauben unterschied. Zweimäßiger Aberglaube, der etwa die Bäuerin veranlaßt, die Böttche zuzudecken, damit kein „böler Blick“ die darin befindliche Milch zum Buttern ungeeignet mache, hat einen recht vorzüglichen hygienischen Hintergrund. Sinnvoller Aberglaube beruht auf historischen Zusammenhängen, die oft in allerälteste Zeit zurückzuführen. Wo er aber heutigen Tages noch existiert, da handelt es sich eigentlich stets um dummsten, sinnlosen Aberglaube. — Eine sehr hübsche musikalische Veranstaltung brachte der Abend. Der Trompeten- und Posaunenchor unter der Leitung von Ludwig Blah spielte rheinisch-westfälische Volksmusik aus alter und neuerer Zeit. Die zum größten Teil von Stadtpfeifern für städtische Feiertage komponierte Musik verrät in ihren schlichten, anspruchslosen Melodien doch ein starkes, musikalisches Empfinden. Les.

sondere die Veräußerungen von Grundstücken im Wege einer künstlich herbeigeführten Zwangsversteigerung. Die Beschlüsse des Magistrats bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, der sie in einer besonderen Vorlage zugehen werden.

## Verwaltungsreform vor Gesetzreform.

Die Hochbauverwaltung vor dem Haushaltsausschuß.

Die Sozialdemokratie hat gerade in letzter Zeit mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß die Verwaltung der Reichshauptstadt auch innerhalb des bestehenden Gesetzes Groß-Berlin noch wesentlich vereinfacht und damit verbilligt werden kann. Sie hat bei den Beratungen über eine mögliche Neugestaltung des Gesetzes auf diese Möglichkeit mit besonderem Nachdruck verwiesen und gefordert, daß vor einer Änderung des Gesetzes die in ihm liegenden Möglichkeiten weit mehr als bisher ausgeschöpft werden müßten. Wie recht die Sozialdemokratie damit hatte, zeigte sich gestern wieder bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss an einem besonders charakteristischen Beispiel.

Zu denjenigen Verwaltungszweigen, die am nächsten das sogenannte „Eigenleben“ der Bezirke verteidigen, gehört die Hochbauverwaltung, abgesehen ihre Aufgaben in der jetzigen Zeit sparsamster Finanzwirtschaft nochedrungen aufs äußerste eingeschränkt sind. Der Erfolg ist der, daß ein heilloses Durcheinander der Anforderungen und der finanziellen Bedürfnisse der einzelnen Bezirkeverwaltungen besteht. Der prozentuale Anteil der reinen Verwaltungskosten an den eigestellten Bauten steigt von 4,56 (in der Zentralverwaltung) und 4,7 Proz. im Bezirk Friedrichshagen auf 15,7 Proz. in Charlottenburg und auf den ganz unwahrscheinlich klingenden Satz von 29,9 Proz. in Treptow. Es gibt also Bezirke, die ein Sechstel, ja sogar ein Fünftel ihrer Baukosten auf den Verwaltungskostensapparat verwenden. Das ist natürlich ein ganz unhaltbarer und unumkehrbarer Zustand, der lieber heute als morgen geändert werden muß.

Auch sonst muß eine planmäßige Vereinheitlichung innerhalb der Hochbauverwaltung Platz greifen. Während einige Bezirke ganz enorm hohe Honorare (bis zu 200 000 M.) an private Architekten für die Entwürfe städtischer Bauten zahlen, unterhalten die Stadtbauräte anderer Bezirke auf Grund normmäßiger Verträge eigene Konstruktionsbüros, in denen sie Entwürfe für private Bauten gegen entsprechende Bezahlung herstellen. Die neue Stadtgemeinde Berlin kann sich einen solchen „Luxus“, den die einstigen Barocke eingeführt haben, nicht mehr gestatten. Sie muß von ihren Beamten verlangen, daß sie ihre ganze Kraft den von ihnen übernommenen Aufgaben widmen.

Jedenfalls ist es endlich an der Zeit, daß die Hochbauverwaltung Berlins nach einem einheitlichen Plan mit dem Ziele, Verwaltungskosten zu sparen, von Grund auf reformiert wird. Die Sozialdemokratie wird auf die größte Beschleunigung dieser Reform dringen.

## Locomotivführers Tod.

Auf dem Anhalter Güterbahnhof ereignete sich gestern nachmittag gegen 16 Uhr ein schwerer Unfall. An der Kohlenrampe kam der 21jährige Locomotivführer Foul Jahn aus Bitterfeld beim Heranfahren der Locomotive zu Fall und wurde zwischen Maschine und Rampe eingeklemmt. Der Unglückliche wurde auf der Stelle getötet. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle Bonder-Sydney-Straße übergeführt.

## Uebermäßige Säure im Magen.

Wie man sie beseitigt.

Ein Uebermaß von Säure im Magen kann auch Leibschmerzen zur Folge haben; es ist von höchster Wichtigkeit, die aufgenommenen Speisen gut zu verdauen. Wenn Sie Magenschmerzen haben, so nehmen Sie einen halben Kaffeelöffel Biserite Magnesia in etwas warmem Wasser. Biserite Magnesia neutralisiert sofort den Ueberfluß von Säure in Ihrem Magen. Er wird dann alle seine wichtigen Funktionen schmerzlos und normal ausführen, und das ist ein Schutz für die Gedärme. Biserite Magnesia ist in jeder Apotheke erhältlich.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestellen Sie darauf, nur die echte Biserite Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

4.8 MOSLEM-RAUCHER  
VERSTÄRKTES VERBESSERTES QUALITÄT  
RAUCHER!  
WILLER



# Siebzehnjährig zum Tode verurteilt!

## Ein Nordprozess in Los Angeles.

Der 17jährige Sanfranziskaner **Hiltman** ist wegen Ermordung der 12jährigen **Martion Parker** von dem Schwurgericht in Los Angeles zum Tode verurteilt worden. Sein Verteidiger will kein Mittel unversucht lassen, um eine Verzögerung in der Vollstreckung des Urteils zu erreichen. Als Hiltman aus dem Gerichtssaal geführt wurde, verkauften bereits die Zeitungshändler Extrablätter mit der Ueberschrift: „Hiltman muß hingerichtet werden“. Daß der 17jährige Hiltman vom Todesurteil nicht verschont worden ist, erscheint um so verwunderlicher, als der Pfarrer **Choteling**, der kurz nach Hiltmans Tat gleichfalls ein kleines Mädchen, jedoch in einer noch viel grausameren Weise getötet hatte, nur zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Choteling hatte damals erklärt, daß er durch Hiltmans Tat zu seinem Verbrechen angeregt worden sei. Erst vor kurzem ist in Amerika ein Siebzehnjähriger hingerichtet worden. Es war dies das erste Mal, daß ein so junger Mensch auf den elektrischen Stuhl mußte.

# Explosion bei der Dynamit Nobel A. G.

Auf unerklärliche Weise entstand in einem Fabrikraum der **Dynamit Nobel A. G.** in **Rummelsdorf** bei **Hagen i. Westfalen** eine Explosion. Zwei Leute, die als einzige in dem Raum beschäftigt waren, wurden getötet. Es handelt sich um einen Raum, in dem sich **Altkongjertin** befand, eine maschinelle Tätigkeit aber nicht ausgeübt wurde.

# Eine unsichere Gegend.

Ein zweiter Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag in dem Optikerladen von **Karl Ebert**, dem Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten, in der **Martin-Luther-Strasse** verübt, nachdem erst vor kurzer Zeit dort ein Einbruch verübt wurde. Fanden den Verbrechern das erste Mal für **3000 Mark** Wert in die Hände, so diesmal für etwa **1000 Mark**, und zwar **Opfergläser**, **Feldstecher**, **Luorgläser** usw. Es scheint in jener Gegend in der Nacht ein unzureichender polizeilicher Sicherheitsdienst zu bestehen, sonst wären zwei so schwere Einbruchdiebstahle in kurzer Zeit nicht möglich.

Die **Scola** im Februar. Mit hübschen Dingen wartet die **Scola** auch in diesem Monat auf. Von sämtlichen Attraktionen ist jede einzelne eine Spitzenleistung und es fällt schwer, eine besonders hervorzuheben. Den Auftakt des Programms bildet der sehr gute **Jongleur Mac Turc** in den komischsten Szenen, den Mittelpunkt entschieden die **14 Albertina-Rajsh-Girls**. Alle 14 sind Spitzenanzügerinnen und jede einzelne eine Meisterin ihrer Kunst. Eine weitere sehr gute Tanznummer ist das Tänzerpaar **Karina und Aliber**, die man immer wieder gern sieht. **Beate Bradna** produziert sich im **Protestanz** und zeigt, daß einem gut durchtrainierten Körper beim **atrobatischen Tanz** kein Ziel gesetzt ist. **Reinhardt und Sohn**, zwei bekannte Artisten von Rang, erfreuen durch die Eleganz, die sie bei ihrer „Arbeit“ beobachten. Besonders gut gelungen ist der **parodierte Ringkampf**. **Verhüffend Iheca Alba** in der **Bisfektigkeit**, auf einmal mit beiden Händen zwei verschiedene Sprachen zu schreiben. In einem riesigen **Glasbassin** tauchen **Kapitän Winstons Girls** und **Seefrauen** im **fröhlichen Durcheinander** wieder einmal auf und ab und es ist eine Freude zu sehen, mit welcher Lust die klugen Tiere ihre Kunststücke vollführen. **Liebenswürdig-naiden Humor** vermitteln die drei **spanischen musikalischen Clowns** **Andreas**, die durch ihre witzlich lustigen Späße alle zum **Lachen** bringen und **stürmischen Applaus** hierfür ernten. Am **liegenden Tropes** turnt das **Charlie-Ripe-Trio** mit einer **Sicherheit** und **Erkathheit**, die über das **Waghafte** ihrer Leistungen hinwegtäuscht. **Charlie**, wohl der **beste Charlie-Chaplin-Imitator**, den wir je sahen, ist von **überwältigender Komik**. Das **reichhaltige Programm** beschließt die **Kurios-Troupe**, die in **russischen Nationaltänzen** bunt durcheinanderwirbelt.

**Wintergarten.** Februar ist **Faschingsmonat**. Also auch im **Variete** buntes Programm. Der Reihe nach: **Gedrüder Reinisch**, sozusagen **alter deutscher Artistenadel**. **Sirkusrevue** im **Variete**. **Machen ihre Sache famos**. — **The Ragoras**: **Ster Hände spielen eine Ziehharmonika**. **Man soll das nachmachen**. — **Gus Raglus**: **der Bassongleur der absoluten Burchtigkeit**. Die **Bälle hüpfen wie die Fische um ihn herum** und **bleiben**, wie dieses **Witzzeug** auch **getreulich bei ihm**. — **Wan und Jon**: **Enalisches Gesangs- und Tanzduo**. **Hübsch, nett, süß**. **Man hört und sieht das gerne**. **Man d. h. das Publikum**. — **Harry Klister**: **Roosen von Biomard, Wilhelm I., Old-Frih und Old-Hindenburg**. **Und damit die „Roten“ nicht jernst, auch Bebel**. — **Drei Medini**: **Leiteregulibrillen**. **Der eine ein Zitterer**. **Ob aus Temperament oder Raffinement oder Nervosität?** — **15 Original Romonos**: **Nicht unbekannt allhier**. **Männliche Kraft und männliche Schönheit** und **männliche Biceps** **und was für welche Leistungen**: **Vorsichtig aufgebauete Kühnheiten**, die man **bewundernd bestaunt**. — **Raya und Daniel Dolinoff**: **Tänze**, bei denen man **wahrhaftig das Wähnen vergißt**. **Russen oder Balkanier**. **Kurz und gut**: **die können tanzen**. — **Rudolf Mälzer**: **Goffeebüchlicher Gomiker** (mit 'n weechen G). **In Verdau und Weerone** wird man **Mälzer für einen erstklassigen Gomiker halten**. — **Freddy Rich**: **Einzigartige Jazz-Band**, natürlich aus **Amerika**. **Er überreizt nicht**. **Er ist ruhiger als andere** und **liebt auch mal das Klöffische**. **Und hat einen Schlagzeugmann als Steptänzer**, den man **lieben muß wegen seiner ungläublichen Künste**. **Aber alle sind die tollendsten Künstler**. — **Und dann Fred Philipps** **kleinste Pferde** und **unbestiegbare Maulesel**. **Dazu ist nur dies zu sagen**: **Man nehme sich zwei Extratäschentücher mit und, wenn es möglich ist, ein Separatzwerchfell**. **Es geht nicht anders**. **Denn Lachen ist schon gar kein Ausdruß für diesen Akt**.

**Bezirksbildungsanschuß Groß-Berlin.** Nächste **Theatervorstellung** am **Samstag, dem 11. März, nachmittags 7 1/2 Uhr**, im **Staatlichen Schillertheater**, **„Roh für Mah“**, Lustspiel von **Shafelpeare**, inszeniert von **Kürgen Fehling**. **Karten** einschließlich **Niederablage** und **Theaterzettel** **1,20 M** bei allen **Bildungsamtsstellen** der **Kreise** und **Abteilungen**, in der **Buchhandlung** **„Vorwärts“**, **Lindenstr. 2**, **Laborkontroll** **GGG**, **Amstelt. 6**, **Postk. Ungerstr. 24-26**, **Verband der graph. Hilfsarbeiter**, **Ritterstr. 1**, in den **Vorwärts-Expeditionen** und im **Bureau des Bildungsanschußes**, **Lindenstr. 3**, **2. Hof, 2. Treppen, Zimmer 8**.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**  
Einsendungen für diese Rubrik sind bis an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3.  
Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 18. Februar, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstraße 3.

- 1. Kreis Wedding. Freitag, 17. Februar, 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes an bekannter Stelle.
- 17. Kreis Lichterberg. Samstag, 18. Februar, 20 Uhr, Sitzung des Bildungsanschußes bei Albrecht, Bertholdstr. 22.
- 24. WM. Die Gruppenleiter werden ersucht, den nächsten Morgen, Freitag, abend wichtiges Material zum Abteilungsleiter abzugeben.
- 24. WM. Wohlfahrt-Sub. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, bei Frau Ullrich-Str. 18, Mitgliederversammlung. Referat: „Das Kampfjahr 1928.“ Referent Hans Bauer. Die Mitglieder sowie Sympathisierende und „Berwärts“-Leser sind besonders eingeladen.

128/129. WM. Besam. Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, bei Frau Ullrich-Str. 18, Sitzung der Bildungs- und Teilungsausschüsse.

**SPD-Praktien der Berliner Stadtbevölkerung und Gewerkschaften.** **Referat** am Freitag, 17. Februar, 17 Uhr, im „Kulmbacher Bräu“, **Reichstr. 22**. **Referat**: „Das Wohljahr 1928.“ **Referent** **Ernst Frenkel**. **Gäste** und **Sympathisierende** sind **freundschaftlich** **eingeladen**. **Der Obmann**: **Schäfer**.

- Frauenveranstaltungen:**
- 9. WM. **Seit**, **Donnerstag, 16. Februar, 19 1/2 Uhr**, bei **Söhner**, **Münchener Str. 24**, **Vortrag** des **Genossen** **Heinz** **über** „**Sozialismus als Kulturproblem**.“ **Alle Genossinnen** und **Genossen** sind **herzlich** **eingeladen**.
  - 24. 25. WM. **Sonnabend, 18. Februar, 19 1/2 Uhr**, im **Zentrum** **Greifswalder**, **48** **Reppner** **Str.**, **Film** und **Vortrag** **am** **Abend**: **1. „Kreuzung des Weibes.“** **2. „Kreuzung des Weibes“**. **Karten** sind **nach** **zu** **haben** **bei** **den** **Bezirksleitern** **und** **an** **der** **Kassenkassa**. **Um** **regte** **Beteiligung** **wird** **gebeten**.
  - 25. WM. **Die** **Referatsleiter** **werden** **gebeten**, **die** **Karten** **zur** **Abendveranstaltung** **am** **Sonnabend, 18. Februar, (spätestens** **Freitag** **zwischen** **18** **und** **19** **Uhr** **bei** **der** **Genossin** **Isabel**, **Schönhafer** **Str. 17**, **bei** **Rebelle**, **ehausen**. **Für** **den** **„Wanderzettelabend“** **am** **11. März** **sind** **nach** **Karten** **zu** **haben**.

17. Kreis Lichterberg. Sonntag, 19. Februar, 11 1/2 Uhr, in der **Städtischen Jugendhöhle**, **Lichterberg**, **Holteistr.**, **Aufführung** **des** **Films** **„Kreuzung des Weibes“**. **Außerdem** **Ansprache** **des** **Genossen** **Dr. Georg** **Vöhring**. **Eintritt** **frei**. **Karten**, **die** **nicht** **benutzt** **werden**, **sind** **wöglichst** **sofort** **an** **die** **„Vorwärts“-Expedition** **zurückzugeben**.

# Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt:

- 2. Kreis Tiergarten. Freitag, 17. Februar, 19 1/2 Uhr, bei **Schiffert**, **Münchener Str. 24**, **Schulungsabend**. **Thema**: **Die** **Bedeutung** **der** **Sozialversicherung**. **Referent** **Genosse** **August** **Karsten**, **M. d. R.** **Alle** **Genossinnen** **und** **Genossen** **sind** **herzlich** **eingeladen**.
- 2. Kreis Wedding. Donnerstag, 16. Februar, 20 Uhr **pünktlich**, im **Reigenheim** **Schulungsabend**, **Bezirksversammlungsraum**, **1. Schulungsraum**. **Thema**: **Psychologische Ursachen der Gefährdungen für die Arbeiterwohlfahrt**. **2. Jahresbericht über die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt des 2. Kreis Wedding**. **3. Wohl des Kreisauschußes**. **4. Beschlüsse**.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 16. Februar, 19 Uhr, **Vorstandsbesprechung**, **Danziger Str. 64**, **2. Hof**, **rechts**, **Zimmer 214**. **Alle** **Abteilungsleiterinnen** **werden** **gebeten**, **zu** **erfahren**.
- 4. Kreis Kreuzberg. **Der** **Kreisausschuß**: **Grundprobleme der Sozialversicherung** **findet** **im** **Gesundheitshaus** **Am** **Urban**, **Teichstr. 101**. **Beginn** **20** **Uhr**. **Alle** **in** **der** **Wohlfahrtspflege** **tätigen** **Genossen** **und** **Genossinnen** **sind** **eingeladen**.
- 17. Kreis Lichterberg. Freitag, 17. Februar, 19 1/2 Uhr, im **Kathaus** **Lichterberg**, **Schulungsraum**. **Thema**: **Die** **Rechtstellung** **des** **unverheirateten** **Kindes** **im** **Bürgerlichen** **Gesetz** **und** **der** **neuen** **Gesetzgebung**. **Referent** **Genossin** **Dr. Heilinger**. **Alle** **Genossinnen** **und** **Genossen** **sind** **herzlich** **eingeladen**.

# Sinderfreunde Groß-Berlin:

**Bezirksrat** **Wedding** **und** **Ostern**: **Der** **Bezirksrat** **findet** **nicht** **wie** **angekündigt** **in** **der** **Liedstr.**, **sondern** **im** **Jugendheim** **Schönhafer** **Str. 24** **Hof**. **Wir** **bitten** **dies** **genau** **bezugnehmen**.

**Kreis Mitte**, **WM. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7** **des** **SPD**: **Sonntag, 19. Februar**, **um** **16** **und** **18** **Uhr**. **Lauft** **der** **Film** **„Die** **Rinderrepublik** **Gezemp“** **in** **der** **Kulturabteilung** **des** **Metallarbeiterverbandes**, **Blumenstr. 197**. **Alle** **Genossen** **und** **Genossinnen** **müssen** **den** **Film** **sehen**, **bringt** **auch** **zur** **Runde** **mit**. **Karten** **sind** **bei** **den** **Gruppenleitern** **der** **Rindergruppen** **und** **bei** **der** **Genossin** **Berta** **Reichel**, **Steinweg** **Str. 22**, **zu** **haben**. **Rinder** **schien** **20** **Pl.**, **Gruppen** **20** **Pl.**

**Kreis Mitte**, **Gruppe** **Pappelfeld**, **1. und 7. St.**: **Heimabend** **Freitag** **und** **Donnerstag** **von** **17-19** **Uhr** **im** **Heim** **Tiedstr. 18**, **Hof** **II**. **Dienstag** **Zusatzabend** **von** **17 1/2-19 1/2** **Uhr** **in** **der** **Lernhalle** **Chlotheinstr. 19-20**. **Kulturel** **Sonntag, 19. Februar**, **läuft** **der** **Gezemp-Film** **in** **der** **Abteilung** **197** **(Kulturabteilung)**. **Karten** **sind** **nach** **zu** **haben** **an** **den** **Heimabenden** **sowie** **beim** **Genossen** **Max** **Brugnot**, **Steinweg** **Str. 22**, **3. Tr.**

**Kreis Friedrichshagen**, **Gruppe** **Robert** **Blum**: **Erstversammlung** **am** **Freitag, 16. Februar**, **um** **2** **Uhr**, **im** **Bereinszimmer** **des** **Camellus-Gärt.**, **Wannsee** **Str. 61**. **Gruppenangelegenheiten**, **Wahl** **eines** **Erstvorsitzenden**. — **Gruppe** **Chlotheinstr. 197**: **Erstversammlung** **am** **Freitag, 16. Februar**, **um** **20** **Uhr**, **im** **Klassenzimmer** **der** **Schule** **Hohenhofstr.**. **Ausprache** **über** **die** **Reisekostenbewegung**, **Wahl** **eines** **Erstvorsitzenden**.

# Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr:

- Falkplatz 1**: **Beim** **Oberwall** **Str. 10**, **„Unser** **Recht“**. — **Königlicher** **Park**: **Beim** **Engelstr. 24-26**, **„Rantelstr.-Garten“**. — **Karlshagen** **Bezirk**: **Funktionär** **beim** **Genossen** **Arnold** **Molodtsh**, **Vöhringer** **Str. 22**. **Gruppen** **oder** **Funktionäre** **ist** **Wichtig**. — **Königsplatz** **Bezirk**: **Schule** **Stranget** **Str. 128**, **„Reiz-Reuter-Abend“**. — **Schloß**: **Beim** **Lindenstr. 4**, **Arbeiterjugend**, **Theater** **und** **Kino**. — **Karlshagen**: **Gemeinschaft** **Schulstr. 4**, **Arbeiterjugend**. — **Schloß**: **Beim** **Heimabend**, **darf** **Bezirksleiter** **an** **der** **Arbeiterjugend** **teilnehmen**. — **Schloß**: **Beim** **Heimabend**, **Schule** **Triefener** **Str. 22**, **Arbeiterjugend** **Teilnehmer**.
- Bezirksrat** **Schöneberg**: **Teiligung** **am** **Abend** **in** **Griebenu**, **Schule** **Oberwall** **Str. 10**, **Teichpunkt** **19 1/2** **Uhr**. **Arbeitsbeitrag** **20** **Pl.**
- Bezirksrat** **Kreuzberg**: **Bezirksrat** **Arbeiterjugend** **in** **Steglich**, **Beim** **Altehrstr. 47**, **Tagung**. **Unser** **Arbeit** **in** **der** **Republik**. **Alle** **Genossen** **müssen** **erfahren**. — **Bezirksrat** **Arbeiterjugend**: **Teichpunkt** **zu** **einer** **wichtigen** **Besprechung** **pünktlich** **19 1/2** **Uhr** **ebenfalls**.
- Bezirksrat** **Kreuzberg**: **Die** **Arbeiterjugend** **ist** **pünktlich** **19 1/2** **Uhr** **im** **Kreuzberg** **Beim**.
- Bezirksrat** **Kreuzberg**: **Der** **Arbeitsauschuß** **veranstaltet** **um** **19 1/2** **Uhr** **im** **Schloß** **Beim** **ein** **Filmabend**. **Wir** **betreiben** **uns** **an** **der** **Ausgestaltung** **und** **treffen** **uns** **um** **19** **Uhr**. **Mitgliedsbuch** **dient** **als** **Quorum**.



**Über die Ereignisse der Zeit**  
wird erst eine spätere Epoche  
urteilen. Unbestritten ist  
schon heute die Tatsache:  
**Joseppi Juno**  
Berlins meistgerauchte 4,8 Cigarette



# Kampfverbände der Metallindustrie

## Von den schwarzen Listen zu den Streitversicherungsgesellschaften.

Der große Kampf in der Metallindustrie lenkt die Aufmerksamkeit auf einen der mächtigsten Gegenspieler der Gewerkschaften: den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, der nicht nur einer der ältesten Arbeitgeberverbände, sondern in seiner Organisationsform für viele andere sozialpolitische Kampfverbände der Unternehmer vorbildlich gewesen ist. Die Entstehungsgeschichte des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie geht zurück bis ins Jahr 1890, dem Jahre, in dem die deutsche Arbeiterschaft, befreit von den Fesseln des Sozialistengesetzes, zum erstenmal am 1. Mai den Weltfeiertag des Proletariats bezog. Damals sperrten die Arbeitgeber der Berliner Metallindustrie die feiernden Arbeiter aus und verfolgten sie auf Grund ihrer schwarzen Listen. Aus diesem ersten lödernen Zusammenschluß entstand der Verband Berliner Metallindustrieller. Welche Rolle diese schwarzen Listen in dem nächsten Jahrzehnt bei den von den Arbeitgebern beherrschten Arbeitsnachweisen der Metallindustrie gespielt haben, zeigt folgende verbürgte wahre kleine Geschichte:

### Als 1891 ein Former der Firma Schwarzkopff

am Grabe der Märzgefallenen einen Kranz mit schwarzroigoenen Schleifen niederlegte, wurde er friflos entlassen. Ruhelos durchwandelte er in den nächsten Jahren Sachsen und Rheinland-Pfalzen, überall, wo er um Arbeit anknüpfte, stand er auf der schwarzen Liste. Um Arbeit zu bekommen, ging der Mann ins Ausland. Nach mehrjährigem Aufenthalt im Ausland kehrte er 1896 zu Frau und Kindern nach Berlin zurück. Trotz der günstigen Konjunktur, die damals in der Berliner Metallindustrie herrschte, wollte man ihn auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustrie nur Arbeit verschaffen, wenn er den Nachweis beibringen könnte, daß die Firma Schwarzkopff ihn wegen seiner angeblich „revolutionären“ Tat verzeihen habe. Der damalige Arbeitgeber sprach die Verzögerung aber nur unter der Bedingung aus, daß sich der Former künftig allen sozialistischen und freigewerkschaftlichen Bestrebungen fernhalten würde!

Im Laufe der vier Jahre entstanden wie in Berlin in allen Zentren der Metallindustrie örtliche und bezirksliche Verbände der Metallindustriellen, die heute im

### Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller

zusammengeschlossen sind. Insgesamt gehören dieser fachlichen Spitzenorganisation 2 Reichsverbände, 41 Landes- und Bezirksverbände mit insgesamt 4474 Mitgliedern an, die 814 454 Arbeiter beschäftigen. Die große Bedeutung, die dem Gesamtverband im Rahmen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zukommt, geht schon daraus hervor, daß beide Verbände durch Personalanunion verbunden sind. Den Vorsitz führt in beiden Fällen Herr Ernst von Borfig, der im letzten Jahre eine traurige Berühmtheit durch seine Kampfspreche gegen die Sozialpolitik erlangt hat. Borfig glaubt, daß die Erwerbslosenversicherung den Arbeitwillen lähmt, daß ohne die soziale Fürsorge vielleicht nur 50 000 Menschen zugrunde gingen, aber das scheint diesem „Führer“ der Arbeitgeber unbedenklich, weil dafür seiner Meinung nach ein paar tausend andere Arbeiter wesentlich höhere Werte schaffen könnten. Neben Borfig vertreten C. Kaufmann-Stuttgart und Rudolf Blohm (von der bekannten Werft Blohm u. Böh) den Vorstand. Wenn das Schwerkgewicht der Tarifverhandlungen heute auch bei den angeschlossenen mehr oder weniger selbständigen Bezirksverbänden, wie dem „Verband mitteldeutscher Metallindustrieller“, der mit der Ausprägung begann, oder

### dem Verband Berliner Metallindustrieller,

der die Urform der Organisation darstellt, liegen mag, so werden doch von der Zentrale in Berlin am Schöneberger Ufer entscheidende Richtlinien angegeben. Für den Einfluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bei den Kampforganisationen der Unternehmer ist auch kennzeichnend, daß, obwohl er sich

sojüngsgemäß nur mit Arbeiterfragen beschäftigt, er auch der wirtschaftspolitischen Spitzenorganisation, dem Reichsoberband der Deutschen Industrie angehört. Herr von Borfig ist auch im Präsidium des Reichsoberverbandes vertreten.

In seinem straffen, bezirksweise gegliederten, aber streng fachlich getrennten Aufbau ist der Gesamtverband in mancher Beziehung vorbildlich für die anderen Fachverbände der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gewesen.

### Der Gesamtverband erfaßt die wichtigsten Betriebe in der Herstellung von Eisen- und Metallwaren, in Maschinen, Apparate- und Fahrzeugbau.

Dagegen erstreckt sich seine Macht nicht auf die Unternehmen der Eisen- und Metallgewinnung und auch nicht auf alle Unternehmen der Elektrotechnik und Feinmechanik. Doch sind die Grenzen offenbar flüßig und überschneiden sich, auf jeden Fall deckt sich das Arbeitsgebiet des Gesamtverbandes nicht ohne weiteres mit der genannten Gewerbegruppen der Betriebszählung. Hinzu kommt, daß manche Unternehmen der Metallindustrie noch einem gemischten Ortsverband angeschlossen sind. In der Eisen- und Metallgewinnung wird der sozialpolitische Kampf von dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller geführt, dem 391 Mitglieder angehören, die 210 000 Arbeiter beschäftigen. Außerdem ist der Arbeitgeberverband der obersteifischen Montanindustrie hierher zu rechnen. In der Gruppe Elektrotechnik und Feinmechanik besteht eine Reihe von Spezialverbänden. Aber auch in der Metallwarenindustrie und im Maschinenbau gibt es außerhalb des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller noch eine Reihe von selbständigen Spezialverbänden, die insbesondere Kleinbetriebe umfassen. Da sind vor allem der Arbeitgeberverband der Knochindustrie von Tann und der Schuhverband Berliner Schloßereien usw., der Verband der Zentralheizungsindustrie zu nennen. Außerdem bestehen besondere Spezialverbände im Edelmetallgewerbe, für die Knapf- und Kleinmetallwarenfabrikanten. Die Arbeitgeber in diesen Verbänden dürften aber zusammen kaum mehr als 50 000 Arbeiter beschäftigen.

### Als „Zweck“ der Organisation

finden wir in den Satzungen vieler Bezirksverbände „die Erhaltung und Förderung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ oder das Bestreben, „Streitigkeiten in friedlicher Weise zu schlichten“ angegeben. In Anbetracht des rigorosen Vorgehens der mitteldeutschen Metallindustriellen klingen solche Satzungen besonders überzeugend! Einen starken Rückhalt finden die Arbeitgeber an der „Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“, einer

### besonderen Streitentschädigungsgesellschaft der Metallindustrie.

die ihrerseits beim Deutschen Streitschutz z. B. rückversichert ist. Im allgemeinen pflegen diese Streitversicherungsgesellschaften bei Aussperrungen mindestens 25 Proz. der ausgefallenen Lohnsumme als Entschädigung zu zahlen. Soweit wir unterrichtet sind, haben die Streitentschädigungsgesellschaften bereits in den vergangenen Jahren Vorsorge für kommende Kämpfe getroffen.

In Anbetracht der Bedeutung der Metallindustrie und ihres Einflusses kann kein Zweifel darüber bestehen, daß über diese finanzielle Hilfe der Streitentschädigungsgesellschaft hinausgehend Kredithilfe bei den Banken beantragt und gewährt werden wird. Um so notwendiger ist der Zusammenschluß der Arbeiter in diesem Kampfe, der ihre Solidarität und ihre Finanzen auf eine große Probe stellt. In der geschlossenen Front aller Arbeiter und Angestellten muß dieser vom Zaun gebrochene Angriff der Metallherren zerbrechen!

Als das Ziel der schlesischen Elektropolitik wurde bezeichnet, die zu erwartende Steigerung des dortigen Elektrizitätsbedarfes nicht durch Ausbau der vorhandenen Einzelwerke zu decken, sondern ein Gemeinshaftswerk zu bauen, das bei Coste an der Oder errichtet werden soll. Wir möchten schon heute unsere Erwartung zum Ausdruck bringen, daß bei der Zusammenarbeit mit der privaten Gesellschaft für elektrische Unternehmungen die öffentlichen Interessen auf das nachdrücklichste gewahrt werden und daß auch bei der Regelung der schlesischen Elektrofragen, die ja namentlich intern zwischen den Beteiligten erfolgen kann, auch an den Elektrointeressen des Waidenburger Gebiets nicht vorübergegangen wird, die keinesfalls einfach reinen Kapital- oder konkurrenzierenden Braunkohleninteressen geopfert werden dürfen.

Die Entwicklung der Elektrowerte im vergangenen Jahre war weiter günstig, die Stromerzeugung wurde von 1,49 auf 1,57 Milliarden Kilowattstunden, die Kraftwertleistung mit den vorgenommenen Ausbauten auf rund 450 000 Kilowatt erhöht. Die Hochspannungsleitung für den Braunkohlenstrom wurde bis Breslau durchgeführt, eine vierte Doppelleitung nach Berlin über Spandau, Charlottenburg nach Rogbit geplant, wo wahrscheinlich die elektrifizierte Stadtbahn ihren Hauptanschluß haben dürfte. Die Beteiligungen wurden aus der Kapitalerhöhung der Heberlandwerke Oberschlesien A. G. und aus Zukäufen von Aktien der Braunkohlewirtschaften bilanzmäßig von 9,60 auf 13,93 Millionen erhöht.

Die Gewinnrechnung ist mit Roh- und Zinsgewinnen im Betrage von 17,02, mit einer auf 6,20 Millionen erhöhten Zuweisung für Erneuerungen, mit sonst kaum veränderten allgemeinen Unkosten und mit einem leicht auf 5,15 Millionen erhöhten Reingewinn sehr günstig, wobei wieder wie im Vorjahre 8 Proz. Dividende an die Vereinigte Industrieunternehmungen A. G. als Platzhalter des Reiches fließen werden. Den Gewinnern ist die vollständige Tilgung von 25 Millionen Kursdifferenzen aus der amerikanischen Dollarleihe wohl hinzuzurechnen.

Der Aufsichtsrat wurde entsprechend den eingetretenen Veränderungen bei den großen Stromabnehmern und entsprechend der Abmachungen mit dem preussischen Staate ergänzt. Ministerialdirektor Dr. Stauding er vom preussischen Handelsministerium und Dr. Frank von der Preussischen Elektrizitäts A. G. werden den preussischen Staat, zwei Reichsbahndirektoren und ein Leipziger Stadtbaurat die neuen Großabnehmer für elektrischen Strom im Aufsichtsrat vertreten.

## Politik im Konjunkturbericht.

### Zur Lage in der Maschinenindustrie.

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten hat der Verfassung leider nicht widerstanden, in seinem Konjunkturbericht für den Monat Januar auch in die gegenwärtigen Metallarbeiterkämpfe einzugreifen. So kann man seinen Feststellungen, daß die nachlassende Konjunktur im Maschinengeschäft im Monat Januar sich weiter fortgesetzt habe, daß in den Auftrags- und Auftragsrückgang jetzt auch das Zustandsgeschäft einbezogen worden sei, daß eine Abschwächung des Beschäftigungsgrades um 2 Proz. gegenüber dem Vormonat eingetreten sei, leider nicht jenen Grad von Zuverlässigkeit zutrauen, den wir sonst den Berichten des VDMV zugemessen haben. Mit der Bemerkung, daß mit dem Ueberschreiten einer Lohnerhöhung für die Metallindustrie, wie sie bei dem Kampf in Westfalen verbunden ist, erklärt wurde, eine die Arbeitslosigkeit verstärkende und den Vorteil der Lohnerhöhung befeitigende Wirkung eintrete, greift der VDMV unmittelbar in den öffentlichen Meinungskampf ein. Auf der anderen Seite läßt er es an der gebotenen Objektivität fehlen, wenn er für die Erhaltung der gegenwärtigen Konjunktur — natürlich unter Ablehnung der Lohnforderungen, d. R. — eine „besonnene und ruhige Wirtschaftspolitik“ verlangt, nach dem die verarbeitende Industrie die letzte Eisenpreiserhöhung so schlapp und unfair mit einem Angriff auf die Sozialpolitik bekämpft hat. Trotz der Zuspitzung der Kampfslage wäre es bedauerlich, wenn die Deffentlichkeit in die Zuverlässigkeit der VDMV-Berichte das Vertrauen verlieren würde.

### Ein sehr günstiger Lagebericht.

Sehr gut scheint es bei der Waggon- und Maschinenbau A. G. G. Örlitz zu stehen. Bei der Besprechung des letzten Halbjahresabschlusses in der Aufsichtsratsitzung wurde festgestellt, daß eine wesentliche Steigerung der Umsätze zu verzeichnen ist und daß sich das letzte Halbjahr durch einen guten Ruhemomenten im Maschinenbau (!) auszeichnete. Auch die Aussichten für das zweite Halbjahr seien günstig. Diese Meldung spricht keineswegs für eine schlechte Lage im Maschinenbau.

## Ausbau unserer Arbeiterbank.

### Eine selbständige Treuhand- und Revisionsgesellschaft.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G., das bedeutende Finanzinstitut der Freien Gewerkschaften, meldet einen sehr erfreulichen Ausbau ihrer Organisation. Sie hatte im Jahre 1925 eine Treuhand- und Steuerabteilung geschaffen, deren Geschäft sich so ausgedehnt haben, daß die Bildung einer eigenen selbständigen Gesellschaft heute zweckmäßig geworden ist. Die bisherige Abteilung wird in die „Gesellschaft für Vermögensverwaltung und Verwaltung (Treuhand und Revision) m. b. H.“ umgewandelt und erhält ein Stammkapital von 200 000 Mark. Durch die Gründung der Gesellschaft wird die bisher jederzeit gewährte und gewährte Vertraulichkeit gegenüber den übrigen Instanzen der Bank noch stärker zum Ausdruck gebracht.

Als besondere Zwecke werden die Übernahme von Vermögensverwaltungen aller Art, Briefungen und Ueberwachungen der Buchführung, von Abschüssen, Abrechnungen und der Rentabilität von Unternehmungen, Vereinen, landwirtschaftlichen Betrieben bezeichnet, einschließlic der Beratung, besonders auch in Steuerfragen. Ferner gehören zum Tätigkeitsgebiet alle Geschäfte, die mit der Liquidation von Firmen, Vereinen zusammenhängen, die Übernahme von Rechten und Forderungen zum Zweck des Anfalls, die Wahrung der Rechte von Inhabern, notleidender Hypotheken, von Schuldverschreibungen und Aktienbesitzern, die Annahme von Wertpapieren zur Hinterlegung und schließlich die Übernahme der Ordnung von Gesellschaften und Vereinen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.

Selbstverständlich gilt bei der Wahrnehmung aller dieser Geschäfte die gesetzliche Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses. Die Gründung ist auch deshalb erfreulich, weil wir jetzt noch mit besonderem Nachdruck allen Verbänden und Organisationen empfehlen können, sich den Rat und die Unterstützung der eigenen Treuhandgesellschaft im stärksten Maße zu sichern, was für den Abschluß aller Verträge, für die Abgabe aller Steuererklärungen von besonderer Wichtigkeit ist, um eventuelle nachträglichen Schwierigkeiten vorzubeugen.

## Wie hoch sind die Städte verschuldet?

### Eine neue Statistik für Mittel- und Kleinstädte.

Nach un widersprochenen Mitteilungen hat die vom Reich aufgenommene Statistik über die kurzfristige Verschuldung der Großstädte einen Betrag von 525 Millionen Mark ergeben. Unter Hinzurechnung der Städte mit 30 000 bis 80 000 Einwohnern wurde die kurzfristige Verschuldung insgesamt auf 700 Millionen geschätzt. Jetzt hat der Reichstädtetag für die Klein- und Mittelstädte eine Erhebung durchgeführt, wonach von 925 Mittel- und Kleinstädten bis zu 30 000 Einwohnern und mit einer Gesamtbevölkerung von 6,3 Millionen 515 der befragten Städte bis zum 1. Januar 1928 insgesamt 96 Millionen Mark nicht fundierte kurzfristige Schulden aufgenommen haben. Davon kommen 35 Proz. auf Wohnungs- und Siedlungszwecke, 17 Proz. auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und weitere 17 Proz. auf Straßen-, Brücken-, Kanalisations- und andere Tiefbauarbeiten, sowie für Rohstandsarbeiten. Für rund 70 Proz. liegen also in hohem Maße dringliche Verwendungszwecke vor. Eine Eingabe des Reichstädtetages an den Reichsfinanzminister und den Reichsbankpräsidenten verlangt bei der Begrenzung und Verwendung der kommunalen Forderungsausleihe die gebührende Berücksichtigung auch der Klein- und Mittelstädte.

Leichtfertig handeln die Fahrradfabrikanten, die jetzt beschließen haben, mit sofortiger Wirkung eine generelle Erhöhung der Fahrradpreise um 3 Mark eintreten zu lassen. Sie irren sich sicher mit der Behauptung, daß daraus kein Rückgang des Absatzes zu befürchten sei, weil ohnehin die gewachsene Arbeitslosigkeit die Kaufkraft verringert, weil alles teurer wird, was den Wieder- ausbau der Konjunktur verhindert, weil von aller Seiten mit Hochdruck an der Tiefhaltung der Löhne gearbeitet wird, und weil schließlich auch die Händler mit Sicherheit kein einziges Fahrrad mehr absetzen werden, wenn sie auch nur eine Mark von den drei Mark auf die Fahrradpreise daraufschlagen werden.

Die Wohnungsbauanleihe der Gemeinschaft deutscher Hypothekendarlehenbanken über 10 Millionen Mark, die durch die Hinterlegung von Goldpandbriefen und den Verkauf von Zertifikaten in London heringebracht werden soll, ist abgeschlossen.

## Der Saarkampf im Landtag.

### Eine große Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Auch im Preussischen Landtag hat sich die Sozialdemokratische Partei des Existenzkampfes der Saarbevölkerung angenommen. Sie hat eine große Anfrage eingebracht, in der der preussische Innenminister gefragt wird, ob er Kenntnis von den beunruhigenden Verhältnissen im Saargebiet habe und von der die Existenzfähigkeit der Saarbevölkerung bedrohenden Politik des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, die erhebliche Schwierigkeiten für die spätere Rückgliederung des Saargebiets zur Folge habe. Das preussische Staatsministerium wird gefragt, wie es der bedenkenlosen Politik des RWE. entgegenzutreten und die Interessen Preussens zu wahren gedanke. Der preussische Innenminister wird die große Anfrage beantworten.

## Jahresabschluß der Reichskraftwerke.

### Wieder 8 Prozent Dividende. — Preußen im Aufsichtsrat der Elektrowerke.

Auch für die Elektrowerke A. G., die bekanntlich mit ihrem 60-Millionen-Kapital voll im Besitz des Deutschen Reiches ist, bedeutet die im Monat Januar zustandgekommene Verbandsung mit den preussischen Elektrizitätswerken und dem Rhein-Westfälischen Elektrizitätswerk einen Markstein für neue und wenigstens äußerlich friedlichere Aufbaubarbeit. Die Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Lenzmann auf der Generalversammlung der Elektrowerke stellten begrifflicherweise diese Verständigung in den Vordergrund seiner Ausführungen, wobei er das Gebiet an der Elbe und östlich der Elbe als den besonderen Bereich der Elektrowerke bezeichnete. Er sprach dabei von engen freundschaftlichen Beziehungen zu den Berliner Städtischen Elektrizitätswerken, der A. G. Sächsische Werke, dem Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt, der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen — letztere eine rein private Gesellschaft — mit der gemeinschaftlich namentlich in Schlesien die Fortentwicklung der Elektroerzeugung angestrebt wird.



# Ginig gegen die Arbeiter...

## Die Bürgerblockinterpellation gegen die Landarbeiter vor dem Reichstag.

Der Reichstag beschloß gestern in der fortgesetzten zweiten Sitzung des Arbeitshaushalts das Kapitel „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“.

Abg. Brey (Soz.)

wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen die von den Regierungsparteien eingebrachte Interpellation gegen die Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft. Alle übrigen Kritiken, die unter Führung des Landbundes gegen dieses Gesetz erhoben worden sind, haben in dieser Interpellation Aufnahme gefunden. In der Schulfrage konnten die Koalitionsparteien sich nicht einigen, aber hier, wo es sich um eine Schlacht gegen die Arbeiter handelt, ist aller Streit verschwunden. Es wäre ungeheuer interessant, welche Arbeiter und Gewerkschaftsführer des Zentrums für die Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung und zum Abbau der Versicherungsleistungen stimmen würden. Dem darauf zielt doch die Interpellation ab. (Sehr richtig bei den Soz.) Der Bescheid der Reichsanstalt vom 16. Dezember 1927, wonach die Arbeitsämter Mietrückstände der Unterzuchten einbehalten sollen, ist unangeleglich. Wir erwarten, daß er wieder außer Wirksamkeit gesetzt wird. Der Redner legt sich dann für die berufstätigen arbeitslosen Gewordenen ein. Ihr Schicksal soll sich dadurch noch erschweren, daß sie mit der Entziehung des Unterstützungsbezugs für längere Zeit bestraft werden. Was ist denn überhaupt berufstätige Erwerbslosigkeit? Bei vernünftiger Verteilung könnte bei der modernen Technik das ganze Jahr hindurch gebaut werden. Das größte Hindernis ist nicht die Jahreszeit, sondern der Geldmangel. Bei den Bauarbeitern handelt es sich nicht um eine berufstätige, sondern um eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Das Reichsarbeitsblatt brachte eine Erläuterung für die Behandlung der Krisenfürsorge. Erst wurde sie etwa bei der Hälfte der Arbeitsämter an alle Erwerbslosen geleistet, dann aber erließen sie den Bescheid, daß die Unterstützung aufhören und zu Lasten der Gemeinde gehen müsse.

Was man den Gemeinden damit zumutet, ergibt sich aus der Zahl der Personen, die in der Krisenfürsorge vorhanden sind. Das waren am 15. Januar 1928 228.000. Es ist klar, daß die Gemeinden dadurch in eine schlimme finanzielle Lage kommen.

In vielen Gemeinden ist ein Notstand eingetreten, verursacht durch die unbefriedigende Lösung der Krisenfürsorge. Um ihn zu beseitigen, beantragen wir eine Ausdehnung der Krisenfürsorge. Der Arbeitsbeschaffung hat man nicht die Sorgfalt angedeihen lassen, die notwendig gewesen wäre. Es hätte nicht vorkommen dürfen, daß für das Jahr 1928 ganze 25 Millionen eingelegt wurden, 105 Millionen weniger als 1927. Dieser Abbruch war in der Lage des Arbeitsmarktes nicht begründet. Im Monat Dezember sind noch auf 100 offene Arbeitsstellen 563 Bewerber gekommen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es ist zu beklagen, daß in der Notstandsarbeit ein Rückgang eingetreten ist. Er hätte vermieden werden können, wenn man der Arbeitsbeschaffung größere Sorgfalt gewidmet hätte. Von Gemeinden, die Arbeiten in Angriff nehmen wollten, ist mir glaubhaft versichert worden, daß sie bei der Reichsanstalt, die die Vergütung von Geldern unter sich hat, auf kalte abweisende Schultern gestoßen sind. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist erst einige Tage länger als vier Monate in Kraft. Daß wir mit ihm nicht reslos einverstanden sind, ist bekannt. Aber, dieses Gesetz behandelt schwierige Fragen und deshalb, auch wegen der Kürze der bisherigen Praxis, wünschen wir, daß es mit Vorlicht und Umsicht und mit sozialem Geiste zur Ausführung gebracht wird. Die ausführenden Stellen dürfen sich auf keinen Fall in eine den Arbeitern feindliche Stimmung hineinschieben lassen. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Hemeler (Dnt.) begründet die schon bekannte Bürgerblockinterpellation, die die Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft abdrücken will.

Abg. Kemmer (Dem.) bezweifelt, daß der Zusammenhalt zwischen den bisherigen Koalitionsparteien noch so stark ist, daß die gemeinsame Interpellation Aussicht auf Annahme hat (Lachen bei den Dnt.) und erklärt, das Reich müsse mehr tun, um den trispartitistischen nationalen Arbeitsmarkt zu betreten. Die Landflucht sei befremdend, aber das Arbeitslosenversicherungsgesetz könne man dafür nicht verantwortlich machen.

60.000 Arbeiter suchten nach der neueren Statistik vergeblich Beschäftigung in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite aber seien mehrere Tausend polnische Landarbeiter sogar noch in diesen Wintermonaten in der Landwirtschaft tätig. (Lebh. Hört, hört! links.)

Witten in der Ernte habe sich 1927 das Arbeitsamt Kolberg darüber beschwert, daß zahlreiche Landarbeiter erwerbslos geblieben seien. (Erneutes Hört, hört! links.) Da sehe man die wahren Gründe der Landflucht im Osten. Ganz mittelalterlich sei das Hofgängerwesen, das z. B. den Sohn des Landarbeiters zur Arbeit beim Arbeitgeber seines Vaters zwingt.

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Erörterung der Landflucht führt auf Gebiete, die nicht zu der Beratung dieses Tages gehören. Zu Unrecht schätzt der Redner die Arbeitslosenziffer höher, als es die amtlichen Stellen tun.

Er muß die Verschiedenartigkeit der Statistiken bedenken: Berlin z. B. führt noch etwa 30.000 Arbeitslose, die gar nicht mehr allgem. arbeitsfähig sind. Auch alle Gelegenheitsarbeiter werden in den Listen geführt.

Die Staatsanleihe für Erwerbslose waren alle nur vorläufige. Sie sind allerdings in diesem Jahr niedriger, aber aus dem Vorjahr sind erhebliche Mittel nach verfügbar.

Die Schwierigkeiten, auf die die Interpellation hinweist, sind auch der Regierung bekannt. Für Saisonarbeiten werden höhere Löhne gezahlt, auf dem Lande findet sich auch häufig im Winter Stillarbeit. Berufsübliche Arbeitslosigkeit kann deshalb der Erwerbslosigkeit infolge von Konjunkturschwankungen nicht völlig gleichgestellt werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist nur für Ausnahmefälle da, berufstätige Arbeitslosigkeit ist aber ein Regelfall.

Die Verordnung von Anfang Dezember für die Forstwirtschaft wird für die nächste Forstperiode nachgeprüft werden. Der Verwaltungsrat der Versicherungsanstalt wird sich ferner bemühen, das Arbeitsnachweismwesen auf dem Lande noch bis zum Herbst zu verbessern.

Der Minister äußert sich dann zu der großen Zahl der übrigen Anträge, Entschlüsse und Interpellationen. Dabei

### verspricht er u. a. eine den Arbeitern mehr entgegenkommende Anwendung der Bestimmungen über die Krisenfürsorge.

Im übrigen würden auch diejenigen, die aus der Krisenfürsorge entlassen werden müßten, nicht ihrem Schicksal überlassen, sie würden von der öffentlichen Fürsorge unterstützt. (Widerpruch links.) Er, der Minister, habe die Reichsanstalt ermächtigt, die Krisenfürsorge bis zum Ende des Winters zu verlängern, soweit in einzelnen Bezirken ein dringendes Bedürfnis bestehe. Die vom Reichstag beantragte Uebernahme der gesamten Kosten der Krisenunterstützung auf das Reich — bisher tragen die Gemeinden ein Fünftel — lehnt der Redner ab, ebenso die in einer Entschliessung geforderte Befreiung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge; diese Unterstützung sei eine Ausnahme, sie müsse sich auf Fälle der Bedürftigkeit beschränken.

### Das Zentrum verteidigt die Interpellation!

Abg. Frau Teusch (Ztr.) erklärt ihr völliges Einverständnis mit dem Inhalt der gemeinsamen Interpellation. Auf jedes einzelne Wort könne sich allerdings eine Koalition bei einem solchen Kompromißprodukt nicht festlegen lassen. Lohndrückende Tendenz habe jedoch allen Regierungsparteien ferngelegen. Die Wünsche der Interpellanten ließen sich im Rahmen des bestehenden Gesetzes erfüllen. Die Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung sei nicht beabsichtigt.

Abg. Reddermeyer (Komm.) erklärt, das Arbeitslosenversicherungsgesetz verfolge dieselbe rückläufige Tendenz wie alle anderen Taten des Bürgerblocks und Sozialdemokraten leisten Hilfe dabei. Beim Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“ begründet

### Abg. Lipinski (Soz.)

als Berichterstatter ein vom Wohnungsausschuß vorgeschlagenes „Baukreditgesetz 1928“, über dessen Inhalt wir an anderer Stelle berichten, und fährt fort: Das Bauprogramm muß mindestens bis 1935 befristet werden. Die Finanzierung wird so organisiert werden können, daß jährlich dreihunderttausend Wohnungen gebaut werden können. Der Ertrag aus der Hauszinssteuer ist höher als allgemein angenommen wird. Die Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten bringt jährlich 850 Millionen, die Hauszinssteuer 1800 bis 1900 Millionen. Der Wohnungsbau müßte sich spielend finanzieren lassen; dazu könnten die Sparkassen 500 Millionen als Hypotheken geben. Auch die öffentlichen Versicherungsträger könnten Anleihen geben, und endlich wäre auch eine Auslandsanleihe möglich. Absolut falsch ist es, die Mietmieten an die Kammern ungleich zu wollen; das ist wirtschaftlich unmöglich, weil dann die Löhne erhöht werden müßten. Wenn die Gemeinden Wohnungen bauen, können sie wirtschaftlich arbeiten. Mit dem Verlangen nach einer Lockerung des Mieterschutzes wird eine demagogische Agitation getrieben. Der Wohnungsausschuß wird sicherlich Mittel und Wege finden, auch Auslandskapital zum Wohnungsbau heranzuziehen. Ein Hausbesitzer hat Anfang Januar seinen Mietern zum 1. April schon gekündigt; da das Mieterschutzgesetz bis zum Jahre 1930 verlängert ist, zeigt dieses Vorgehen des Hausbesitzers, welche Verwirrung bereits durch die Agitation für die Lockerung der Zwangswirtschaft angerichtet ist.

Abg. Hölein (Komm.) errechnet bei einem zehnjährigen Bauprogramm zur Befreiung der Wohnungsnos ein Gesamtkapital von 3,6 Milliarden. Die Hauszinssteuer müßte lediglich für den Wohnungsbau verwendet werden.

Abg. Dr. Steilinger (Dnt.) fordert stärkere Beteiligung privater Bauunternehmer. Die Hauszinssteuer müsse mindestens im bisherigen Umfang bestehen bleiben.

Abg. Tremmel (Ztr.) betont, daß der private Baumarkt heute den Wohnungsbedarf nicht decken könne. Die Wohnungsdichte sei in den deutschen Großstädten so groß, daß 81 Personen auf ein Haus kommen. Daß es auch anders möglich sei, zeige Bremen, wo schon auf 8 Personen ein Haus entfallt.

Abg. Winnefeld (D. Sp.) erklärt, die rheinisch-westfälische Industrie habe 36 Millionen für Wohnungsneubauten aufgewendet, ohne einen Pfennig aus der Hauszinssteuer erhalten zu haben.

Nach weiteren Erklärungen der Abg. Cude (W. Sp.), Frau Dr. Lüders (Dem.) und Bül (Dem.) werden die Beratungen auf Donnerstag, 14 Uhr, vertagt. Schluß 19¼ Uhr.

## Das Bildungswesen im Heere.

### Die Sozialdemokratie fordert Revision der Bibliotheken.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Mittwoch zunächst mit einem kurzen Baukreditgesetz für das Rechnungsjahr 1928, das ihm vom Wohnungsausschuß zur finanziellen Prüfung überwiesen worden war. Nach diesem Gesetz wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzminister zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau sich bis zu einem Betrage von 10 Millionen Mark an einer Kapitalerhöhung der deutschen Bau- und Bodenkreditbank in Berlin zu beteiligen. Am Gesamtkapital soll das Reich mit mindestens 51 Proz. beteiligt sein. Des weiteren wird der Arbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzminister für Darlehen an diese Bank, die zu Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau verwendet werden sollen und im Rechnungsjahr 1928 aufgenommen werden, die Bürgerschaft bis zu einem Betrage von 200 Millionen Mark zu übernehmen.

In der dann begonnenen Spezialberatung des Heeresetatistisches Genosse Dr. Wofes beim Kapitel Bildungswesen darauf hin, daß die Neuanschaffungen für die Heeresbibliotheken in ganz anderer Weise als bisher vom Minister kontrahiert werden müßten, da durch die Anschaffung und Beträge republikanischer und gegen die Luftpolitik gerichteter Bücher die Richtlinien auf das größtmögliche verlegt würden, die der Minister als für sich verbindlich bezeichnet hat. Was würde früher wohl mit einem Obersten geschehen sein, mit dessen Zustimmung für seine Reimentsbibliothek etwa Bebel's „Frau und der Sozialismus“ angeschafft worden wäre. Der demokratische Abg. Dr. Haas unterzucht die Ausführungen von Dr. Wofes auf das nachdrücklichste. Der Minister erklärte, er würde, sobald er die nötige Ruhe dazu fände, der Zusammenlegung der Bibliotheken seine ganz persönliche Aufmerksamkeit zuwenden.

Zur wichtigen Frage der Versorgung der Versorgungsberechtigten wurde die folgende Resolution mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten angenommen: „Unmöglich zur Beratung des Haushaltsplans dem Reichstag eine Uebersicht darüber vorzulegen, wie sich die Unterbringung der Versorgungsberechtigten gestaltet hat, insbesondere wie groß die Zahl der nicht im öffentlichen Dienst untergebrachten Versorgungsberechtigten jeweils ist.“

## Schutz den Löhnen und Gehältern.

### Ein Antrag der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag zur Forderung des Gesetzes über die Lohn- und Gehaltsbefreiung eingebracht. Danach soll bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile von Monaten bis zur Summe von monatlich 195 M., bei Auszahlung für Wochen bis zur Summe von täglich 7,50 M. und, soweit er diese Beträge übersteigt, der Arbeits- und Dienstlohn zu einem Drittel des Mehrbetrages der Befreiung nicht unterworfen sein.

## Bund republikanischer Beamten.

Die Vereinigung republikanischer Verwaltungsbeamten, die im Jahre 1922 mit dem Ziele gegründet wurde, den Einfluß der öffentlichen Verwaltung mit der durch die Weimarer Verfassung gegebenen republikanischen Staatsordnung herzustellen, ist zu dem Bund der republikanischen Beamten ausgebaut worden. Den Vorsitz führt Postrat Debus. Dem Vorstand gehören u. a. an die Herren Ministerialrat Dr. Simons, Ministerialrat Knöner, Oberregierungsrat Fourier, Polizeiobersekretär Kothe, Regierungsrat Herzog. Der Bund hat sich zur Aufgabe gestellt, alle Beamten zu vereinen, die vorbehaltlos und aus Ueberzeugung auf dem Boden der Republik stehen, sich in ihrem Geiste betätigen wollen und ihr zu dienen und sie zu stützen bereit sind. Der Bund wird, ohne einer bestimmten Partei dienstbar zu sein, die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen, insbesondere die Freiheiten und Rechte, die erst die Verfassung den Beamten gegeben hat.

Im heftigen Landtag wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Delp mit 85 von 65 abgegebenen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

Der Verband ausländischer Pressevertreter hat C. v. Rügelen und C. A. Teuber zu Vorsitzenden im neuen Geschäftsjahr gewählt.

**Auch Ihre Lunge kann wieder gesund werden!**

Worum mußten Sie? Vergessen Sie nicht, die Erde, die uns trägt, hat auch Kräfte, unsere Krankheiten zu heilen oder wenigstens zu lindern. „NYPHOSAN“ beruhigt und heilt die Lungenentzündung, steht an der Spitze der Lungenscheidungs-Mittel. Versie, die Sie verwahrt haben, sind noch bei Laibe. Preis der Flasche M. 3.50, Parapharmazie N. 20, Größtlich in allen Apotheken

Bestimmte Prings-Bücherei-Verlag, Berlin N., Zollstraße 26, Mittel-Bocholt, W. 57, Deibemer Straße 88a, Apothek zum goldenen Hirs, SW 68, Fürst-Wilhelm-Apothek, SO 3, Gesund-Apothek, Berlin O.

Alleinvertrieb: Nymphosan-Ges., München SW 2.

**Unsere Lungen sind nicht mehr**

*ausgeknallt,*

*sondern sind unheilbar geworden und wissen das nicht! Gute Luft muß zufließen. Ein Lungenlänger ist krank, daß die Feinstaubpartikeln „Lungenband“ eine Lücke in unserer Lungenring ausgefüllt hat und das Edelsteil des Lungenfallschutzes verfallt. Wo in der Lunge eine Lücke ist, Luft tritt ein und wird, soll ob „Lungenband“ frisch gelindert sein.*

**Besonders billig!**

wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und

**Auch bei alten Gallensteinen**



Leberkrankheit, Gallensteinbildung, Gicht, Herz, Darm, Magen-Erkrankungen, Rheuma, Nervenkrankheiten, Bluthochdruck, Blasenentzündung, Nierensteine, Nierenentzündung, Blutharung, Nervenkrankheit, Gicht, Rheuma, Stomatitis, Tränen-Erkrankung, Stuhlverstopfung, Bluthochdruck, Blutharung, bei Kopfweh, Schindeln, Schloßstein, Uterusentzündung mit Jägerentzündung

**Stern-Engel-See,** ist ein Hornlöcher- und Schloßsteinmittel. Tut die der Krankheit entsprechende Wirkung wird aufmerksamer gemacht. Gerichtlich erprobt und empfohlen! Tut in Apotheken erhältlich, wo nicht, dann durch unsere Versandapotheke. Preismaterial durch „Stern-Engel-See“-Gesellschaft, Bad Schombau (Obb.), gratis.



## Halligenschatten.

Von Hans Mund-Oidemaren.

Esbe Steen schüttelte hartnäckig den Kopf und sah den langen Halligbauer stehend an. „Komm in drei Tagen wieder, Rief, dann ist Vater hier, dann können wir alles besprechen.“

Der junge Bauer sah unruhig auf. Ueber dem grünen Rand der Insel breitete sich das Watt aus, braun und endlos. Der Westwind fuhr stöhnend vom Meer, das fern unter der Kimmung lauerte, zausle in Esbe Steens Haar, und schlang dem Burschen ein paar lange Strähnen über die Stirn.

„Siehst du,“ lachte das Mädchen, „ich mach dich fest! Ich denke an dich, wo du auch bist, Rief Broders. Da kann dir das Watt nichts tun, sagen die Leute.“

Der junge Bursche versuchte zu lachen, wiegte den Kopf und sah dankbar in die großen grauen Augen, mit denen sein Mädchen ihn anblickte. Dann schlang er den langen Arm um ihren Hals, küßte sie und stapfte zum Rand der Hallig.

Der Schlaf glänzte gelb und feucht unter der Sommengut. Der Himmel war graublau, und die Luft lag wie flimmernde Bänder weit über der braunen Einöde. Mitunter wurde der Boden weich und schwammig, dann kam Rief Broders bis zu den Knöcheln ein, stapfte schwer und ruberte mit den Armen, als könne ihm das helfen.

Der junge Bauer sah sich noch einmal um. Ueber der alten Hallig lag ein Dunst, als hätte jemand einen Schleier um sie herumgelegt, aber ganz dünn, so daß man kaum Anfang und Ende sehen konnte. Drei Tage! Rief Broders schüttelte erzürnt den Kopf. Er war rascher geworden als die anderen, die die Tage nahmen, wie Gott sie ihnen schenkte gleichförmig und ewig. Er war Jahre draußen gewesen, hatte gelernt zu fordern und auf sich selbst zu pochen, und hatte doch die ganze Zeit seine Liebe zu Esbe Steen wie eine tiefe Hoffnung getragen.

Jetzt war er heimgekehrt und wollte nicht mehr warten. Der Bauer begriff das Mädchen nicht, unzufrieden ging er der neuen Hallig zu, die irgendwo geradeaus aus der tiefen Kimmung aufstach.

Rief Broders fuhr unruhig aus seinen Gedanken auf. Ihm war gemein, als sei der Feuerball gläsern geworden, als schiere das Licht wie durch graue Scheiben und würfe einen trüben Schein übers Watt. Aber es war wohl Einbildung, die Sonne stand noch brennend rot über der alten Hallig, oder über dem Rebel, der auf ihr lag.

Der junge Bauer blieb stehen und blickte um sich, ob er auf dem richtigen Wege sei. Er suchte nach seinen alten Fußstapfen, suchte nach der neuen Hallig, die vor ihm liegen mußte, und konnte sie nicht finden. Nur eine Wand lag noch dem Meere zu, als hätten hundert riesige Kräfte sie in einem Augenblick aufgebaut. Und über den Wasserlachen lagen ein paar graue Felsen, als kämte irgendwo ein Dampf von verlöschenden unterirdischen Bränden.

Rief Broders richtete sich plötzlich auf. Wie eine Angst war es über ihn gekommen, ein Grauen, das langsam vom Scheitel bis zu den Füssen trach. Woher kamen die Rebel? Wind war gekommen, fuhr ihm frohlich um die Schläfen und küßte ganz leise über den braunen Sand, als rölle er eine schwere Last vor sich her. Woher kam doch all diese dieselbe Luft, all die Frische, die in durchsichtigem rötlichen Rauch über dem Watt lag? Da begann Rief Broders plötzlich rascher zu laufen, als wäre etwas um ihn, das ihn langen wollte. Seine Glieder sanken schwerer ein in den nassen Boden, sein Atem ging leuchtend und stoßend wie in tiefem Schred.

Die Sonne brannte dunkelrot und brandig, so wie Flammen durch Rauch leuchten. Dann kam sie hinter eine Wolkenbank. Der Rebel wurde braun und feuchtkalt, mochte und ringelte sich spukhaft und unföhllich. Da erkannte Rief Broders, daß er den Weg verloren hatte, daß er zu spät aufgefunden war. Er dachte an das Mädchen, das vergeblich warten würde nach drei Tagen, sah sich erschrecken in der steigenden Flut und schrie geißelnd, hilferufend auf übers Watt.

Ein Fremder stand irgendwo im Rebel, grau und verschmommen. Der Bauer rannte auf ihn zu und versuchte ihn anzurufen. Aber der andere wich aus und ließ sich nicht erreichen. Broders blieb atemlos stehen, sah mit stieren Augen hinüber und begriff nicht, warum jener nicht wartete. Er rief ihn noch einmal an, schwamm durch einen Pfuhl, sah ihn und konnte es doch nicht glauben, daß es ein Mensch sei, der ihn warnte. Bis ihm einfiel, was Esbe Steen zuletzt gesprochen hatte. Da war ihm, als hätte sie gewußt, was kommen würde, als wäre etwas von ihr ausgezogen, um ihm zu helfen.

Rief Broders überkam eine seltsame Ergebenheit mitten in seiner Irrsinn. Er begann an Esbe Steen zu glauben, wie ein Kind an eine wunderliche Nacht. Unter Zwang folgte er dem Schatten, und es dünkte ihn etwas Lebendes, das an den Sandrändern entlang lief, sorgfältig vor den Schlammrücken auswich und wie ein Mensch vor ihm herstapfte.

Zuweilen vor der Bauer den Fremden, aber er wartete in felsenfestem Vertrauen, rief durch den Rebel nach seinem Mädchen und folgte wieder, als der graue Gefelle zurückkam.

Dann, nach einer langen Zeit, als seine Glieder schon schwer am Wasser trugen, hob sich der Boden, und die abschüssige dunkle Wand der Hallig kroch aus dem Grau. Als der Bauer langsam durch das Gras schritt, hatte er den Fremden verloren. Wie Esbe Steen ihn wohl gelandt hatte? Broders fühlte eine dumpfe Woll auf der Stirn wie eine Bähmung. Dann sah er eine Frauengestalt, die klar aus dem Rebel aufstach, sah sein Mädchen, das ängstlich und froh auf ihn zukauf und ihm winkte.

„Ich habe solche Angst um dich gehabt —, die Flut kam so früh.“ Ihre Augen glänzten hell, als wenn sie heimlich vor Freude. „Wie bist du nur zurückgekommen, Rief?“

Dem war, als erwachte er aus seiner Betäubung. Wie ein Eput, der körperlich wird, schien ihm das Mädchen.

„Du? — Hast du mich nicht gehabt?“ Stotterte er. Sie blinnte ihn erstaunt an und schüttelte den Kopf. Dann sah der Bauer wieder die graue Gestalt im Rebel, die ihn geführt hatte, aber entfernter, undeutlicher.

„Da, der da —“ stieg er hervor. Das Mädchen sah sich erschrecken um. Da waren es zwei, die drüben standen und dicht beieinander waren.

„Unsere Schatten, Rief, Schatten im Rebel.“ Ihr graues vor seinen entsetzten Augen, mit abergläubischer Scheu drängte sie ihn weiter. „Es bringt Glück, wenn Brautleute sich zusammen sehen. Komm Rief, mach dich nicht bange.“

## Manet und Monet.

Zu den Ausstellungen in Berlin.

Selten wird wohl eine so außerordentlich günstige Gelegenheit geboten, zwei große Künstler in erlebter Gesamtschau zu betrachten und miteinander zu vergleichen, wie es gegenwärtig mit Monet und Manet der Fall ist. Man könnte auch noch von Gogh hinzufügen (der bei Cassirer ausgestellt ist), aber die Vergleichsmöglichkeiten hören hier auf. Von Gogh ist eine Welt der Leidenschaft für sich, kofiert von der ruhevollen Objektivität der beiden großen Impressionisten.

90 Werke Edouard Manets hat die Galerie Matthiesen, 70 Gemälde Claude Monets die Galerie Thannhauser zusammengebracht. Verdienste, die nicht hoch genug geschätzt werden können, bedenklich man die besonderen Schwierigkeiten, solche Meisterwerke aus privatem und öffentlichem Besitz einmal für ein paar Monate loszulassen. Dergleichen ist in diesem qualitätsreichen Umfang kaum jemals in Frankreich, dem Heimatlande der beiden, gelungen; die Welt, und mit ihr die Franzosen, muß nach Berlin kommen, um das außerordentliche Schauspiel zu betrachten.

Die Geltungsmacht verteilen sich dergestalt, daß Monet bei Thannhauser in einer Vollständigkeit und Güte erscheint, wie noch niemals; daß aber schon beim flüchtigen Vergleich die ungleich höhere Bedeutung von Manet und seinem Lebenswert in die Augen springt. Man muß zuerst zu Monet gehen und mit dem imposanten Eindruck seiner besten Werke dann bei Matthiesen erleben, daß er nur wie ein Professionist der Lustmalerei erscheint und das überbordende Genie des großen Manet ihn völlig vergessen macht. Wie vergänglich, zeitgebunden, kassifiziert, ja dogmatisch der Erzimpressionist Claude wirkt, verglichen mit der Universalität und göttlichen Freiheit Monets, hat man ja bisher immer geahnt; hier, Wand an Wand, durch zwei Eingänge getrennt und verbunden, scheint der Unterschied des Berufsstandes und des schöpferischen Genies völlig überwältigend. Das fällt um so mehr auf, als beide derselben Zeit und Gesellschaftsklasse angehören, aus derselben Stimmung des atypischen Materialismus heraus schaffen, freundschaftlich aufs engste verbunden und durch das gleiche Schicksal des Verantwärtens in ihren glücklichen Jahrzehnten geschlagen sind. In ihren beinahe gleichlautenden Namen verkörpert und verdrängt sich das Wesen dieses Impressionismus, der mit vollkommener Eindeutigkeit den Gipfel der reinen Erscheinungstuntheit bedeutet, d. h. einer Darstellung, die die Welt als Selbendes, unveränderlich Gegebenes nimmt, den Schein für das Wesen, das Optische für Wahrheit tagiert und künstlerisch eine Verkürzung des naturwissenschaftlichen Materialismus, sozial ausgedrückt: des privaten Kapitalismus, philosophisch den Monismus bedeutet. Mit anderen Worten: Er ist der Schlüsselstein des materialistischen Realismus aus dem 19. Jahrhundert, als einer Seh- und Weltanschauung, die heute fast reiflos zugunsten eines skeptischen Idealismus überwunden ist. (Das schließt keineswegs aus, daß die Rebezahl der Lebenden heute eben erst auf

jenem monistischen Standpunkt der Anbetung des Augenscheins angelangt ist und daher, mit vollem Recht, in der Malerei der Impressionisten eine letztgültige Offenbarung erblicken wird: sie sind eben dort, wo die Avantgarde der französischen Maler um 1870 angekommen war. Denn so ist es immer gewesen, Eroberungen von geistigem Ausland brauchen ein halbes Jahrhundert, um sich grundsätzlich durchzusetzen.)

Es bedarf darum wohl auch heute noch einer besonderen Hell-sichtigkeit, um die Ueberlegenheit von Manet zu verstehen. Die hellen luftdurchwehnten Landschaften Claude Monets sind verständlicher, seine klar durchgearbeiteten Figurenbilder können den Instinkten des Volkes stärker entgegen als die kühnen Abfärbungen und dekorierten Formenwunder Manets. Zu allem übrigen hat es die Galerie Thannhauser meisterhaft verstanden, aus Monets ungeheurem und sehr ungleichem Lebenswert die Dinge heraus zu wählen, die ihn im besten Licht erscheinen lassen. Der Ton liegt auf den dunkleren und gegenständlich bestimmten Bildern der 60er bis 70er Jahre, in denen er auch dem Kenner am glücklichsten erscheint; die großen Figurenbilder, voran das herrliche Frühstück von 1868, geben den Grundakkord, der Impressionismus der Landschaften ist noch gedämpft und hindert nicht den Zusammenstoß der Gegenstände zum schönen Bilde. Von den prinzipiellen Experimenten der reinen Pleinairmalerei und Farbenzerstreung, die in dem Ueberfließen komplexer „Serien“ des gleichen Gegenstandes nach Tagesstunden gipfeln, sind nur vorläufige Dosen verabreicht (Kathedrale von Rouen, Seerosen u. dergl.).

Bei Manet ist es unmöglich, solche historischen Unterschiede zu machen. Sein Lebenswert steht, auch in der zufälligen Auswahl, die Matthiesen gewählt ist, wie aus einem Guße da. Früh-bilder und Alterspästel (er starb schon 1883 mit 51 Jahren) enthalten gleichmäßig Unerbliches. Man kann ihn nicht einmal recht einen Impressionisten nennen; oder aber er war der Impressionismus in Person. Wo er Probleme ergriff, hat er sie auf eine Weise gelöst, die vorher unerhörte war und nach ihm keinem geblüht ist. Die ganze Tradition Frankreichs, der Barock, die Spanier einschließ-lich Goya sind in ihm, und die Zukunft bis zur Gegenwart nicht weniger. Bildnis, Landschaft, Stillleben, Akt, Historienbild: das alles schrumpft zu einem Nichts vor seiner souveränen Kunst. Man kann das Rätsel seiner Vollkommenheit vielleicht am besten an der unbegreiflichen Hebertät und Velsigkeit seiner Art zu lösen lassen. Nicht daß in allen Dingen, auch in der flüchtigsten Skizze, das Ganze der Malerei und des schöpferischen Menschen steht, nicht in der Herrlichkeit seiner Malweise (der wahren „bonne peinture“) allein liegt das Geheimnis, sondern in der Gesinnung. Er war zu allererst ein großer und vornehmer Mensch, ein Künstler von höchstem Adel, an den der Schmutz der Welt (dem er reichlich begegnete) nicht heran-reichte; er war ein Genie. Dr. Paul F. Schmidt.

## Zurück zu Methusalem?

Von Dr. Walter Borgius.

Seitdem vor einem halben Jahrhundert der französische Physiologe Brown-Sequard die ersten Versuche gemacht hat, durch physio-logische Einwirkungen auf den menschlichen Organismus eine Ver-längerung desselben und damit eine Verlängerung der menschlichen Lebensdauer zu ermöglichen, ist dieses Ziel ein immer aufmerksamer beachtetes Problem der Physiologie geworden. In unseren Tagen hat bekanntlich Steinach durch seine Versuche großes Aufsehen erregt und neuestens hat sein Rivale, der ungarische Physiologe Boronoff auf ähnlichem Wege, durch Ueberpflanzung lebender Drüsen, erheb-liche Aufrichtungen des menschlichen Körpers erzielt. Ein Schüler desselben, Dr. Jalkan Remes-Ragy, der zurzeit in Berlin weilt, um über das System seines Lehrers einen Vortrag zu halten, teilt mit, daß bereits 3000 Operationen dieser Art vollzogen worden sind und davon 97 Proz. mit Erfolg. Er meint, daß sich das menschliche Leben dabei bis zu einer Dauer von 140 Jahren ausdehnen lassen.

Auf den ersten Blick möchte ein jeder wohl geneigt sein, einen solchen Vorgang als etwas Segensreiches und Erfreuliches anzusehen. Aber die Mühsal, die doch auch ihre Reihseite. Freilich für das einzelne Individuum dürfte es sicher in allen Fällen äußerst er-wünschelt sein, seine Lebensdauer um 10 oder 20 Jahre verlängert zu sehen. Aber wie sieht es mit den Konsequenzen für die Welt?

Wirtschaftlich betrachtet wäre es unfruchtbar ein Gewinn: In einem jeden Menschen ist ein nicht unerhebliches Kapital investiert, dessen Einzahlung von seiner Geburt bis zum Alter seiner vollen Erwerbsfähigkeit währt und erst von diesem Zeitpunkt ab durch die wirtschaftlichen Leistungen des Erwachsenen im Laufe der Jahre allmählich abgetragen wird, bis dann in höherem Alter die Leistungs-fähigkeit wieder abnimmt und evtl. Krankheit und Altersschwäche dem Leben noch wieder eine rein konsumierende passive Periode hinzufügen. Es liegt auf der Hand, daß es nationalökonomisch einen erheblichen Gewinn bedeuten würde, wenn es gelänge, die wirt-schaftlich aktive Periode des menschlichen Lebens zu verlängern. (Aber auch nur diese Art der Lebensverlängerung wäre zu be-grüßen. Diese es darauf hinaus, daß ihr auch ein entsprechend ver-längertes unfruchtbares Greisenalter folgte oder gar nur die Lebensdauer an sich verlängert würde, nicht die Zeit der wirtschaf-tlichen Leistungsfähigkeit, so wäre die Lebensverlängerung auch nationalökonomisch betrachtet kein Vorteil, sondern sogar eine Bel-astung für das Volksganze.)

Aber wie, wenn wir unseren Blick vom Volksganze weg auf die engere Gruppe der Umgebung des einzelnen richten? Da wird das Bild schon etwas anders. Selbstverständlich wäre es von hohen Wert, wenn die in einem langen Leben der Arbeit errungenen prak-tischen Erfahrungen, persönlichen Beziehungen, Fachkenntnisse, Sprachkenntnisse, manuelle Geschicklichkeit usw. ein bis zwei Jahr-zehnte länger Verwertung finden könnten. Aber hier macht sich auch schon ein bedenklicher Begleitumstand geltend: Alle höheren, leitenden, wichtigeren Positionen und Funktionen würden dann naturgemäß mit Personen hohen Alters besetzt sein. Den jungen Kräften würde

es noch weit schwerer als heute schon sein, in einem Alter jugend-licher Begeisterung, arbeitsfröhlichen Lebendranges, optimistischer Zuversicht an einflussreiche, ausschlaggebende Stellen zu gelangen. Die Direktionen der großen Gesellschaften und Institute, die Uni-versitäten, die Parlamente würden durchweg „Senate“ — zu Deutsch „ein Ältestenrat“ — werden und die Spannkraft der Jugend sich in endlossem Warten auf Aufstieg, in vorbereitender und helfender Tätig-keit erschöpfen. Selbst innerhalb der Familie, wo man ja im allge-meinen wohl sich nur freuen würde, je länger den Großeltern das Leben geschenkt bleibt, mühte eben doch der junge Bauer dann 10 bis 20 Jahre länger warten, ehe sich der Vater aufs Allenteil zurückzieht und den Hof dem Sohn überläßt; mühte der Juniorselbst sich entsprechend länger gedulden, bis ihm die eigentliche Leitung der Firma in die Hand fielen und er seine Reform- und Erweiterungs-ideen durchführen kann, mühte das junge Paar alt werden, ehe es die Erbschaft der Eltern und Schwiegereltern antreten und z. B. deren Vermögen in das eigene Geschäft stecken kann.

Diese Möglichkeit akzentuiert sich aber noch erheblich schärfer, wenn wir unter diesem Gesichtspunkt nun noch einmal den Blick auf die Gesamtheit wenden: Das Alter ist der Hort rück-ständiger Gesinnung; daran ist nicht zu zweifeln. Aus-nahmen hochgehalten, aber im allgemeinen wird ein Mensch, der über die Bergzeit alt ist, kaum mehr instande und gewillt sein, die Grundzüge, Anschauungen und Empfindungen, in denen er groß geworden ist und die ihm durch die Lebenspraxis mehrerer Jahrzehnte in Fleisch und Blut übergegangen sind, prinzipiell zu ändern. Es ist kein Zufall, daß es immer die Jugend ist, welche als Träger von Reformen und Umgestaltungen auftritt. Denn sie ist es, die noch unbedeutend von Vorurteilen und Gewohn-heiten mit kritischem pietätlosen Blick die Uebelstände sieht, welche durch Aufrechterhaltung alter Formen bei innerer Wandlung der Verhältnisse eingetreten sind. Die Erfahrung lehrt uns immer wieder, daß auch die wirksamste Propaganda, auch der einleuchtendste Druck der Verhältnisse bei den höheren Altersklassen schwer Wurzel faßt. Sie hängen mit dem Gefühl, mit dem Unterbewußtsein zu stark an den Verhältnissen ihrer Jugend, als daß sie sich in eine wirklich einschneidende Veränderung derselben einleiben könnten. Mag es sich um Wandlung der politischen Struktur des Staates oder der geschlechtlichen Moral, der Ernährungsweise oder der Weltanschauung, der Gesellschaftsformen oder der Jugendzucht handeln — immer sehen wir, wie die wirkliche Neugestaltung erst dadurch zustande kommt, daß die Phalanx der Alten obstruiert, die für die neuen Ge-danken und Formen nicht mehr die richtige Freude und das wahre Verständnis aufbringt, wenn nicht gar sich instinktiv dem Neuen als grundsätzlich Verwerflichem widersetzt.

So würde eine allgemeine Verlängerung des menschlichen Lebens zweifellos eine Verlangsamung von Fortschritt und Entwic-klung, eine fühlbare Störung der reaktionären Gewalten auf allen Lebensgebieten bedeuten. Deshalb ist es vielleicht doch ganz gut, wenn die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“



